

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Robert W. Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August F. J. L. an, Magdeburg. Verlag von Bernhart Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz G. et G. s., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Dr. Mühlstraße 8, Fernsprecher 981. Abonnementspreis: Vierteljährlich 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Einzelband in Deutschland monatlich 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Subskribenten Vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 egl. Bestellgeb. Einzelne Nummern 6 Pf., Sonntags- und alle Nummern 10 Pf. — Infektionsgebühr die sechsgehaltene Zeitzeile 15 Pf. Postzeitungsliste Seite 104.

Nr. 43.

Magdeburg, Sonnabend den 20. Februar 1904.

15. Jahrgang.

Greneltaten des Zarismus.

Der „Allgemeine jüdische Arbeiterbund in Litauen, Polen und Rußland“ gibt ein in geheimer Druckerei hergestelltes Organ heraus, das die „Besten Nachrichten“ betitelt ist und im dritten Jahrgang erscheint, ohne daß es den zarischen Schergen bisher gelungen wäre, dieses dreimal „illegale“ Blatt zu unterdrücken und seine Verbreitung zu verhindern.

In jeder Nummer dieses Blattes sind eine Anzahl Berichte über die Willkürakte der russischen Polizei und Verwaltung enthalten. Aus der Nummer 166, die der Magdeburger „Volksstimme“ auf geheimen Wegen in deutscher Uebersetzung zugeföhrt worden ist, geben wir folgende Proben des zarischen Schredensregiments.

I.

Aus Wilna, der vormaligen Hauptstadt Litauens, einer Stadt von circa 120 000 Einwohnern:

Die „verstärkte polizeiliche Aufsicht“ machte sich in diesem Jahre unaufhörlich bemerkbar. Die Vergrößerung des Polizeiapparates, die Ernennung des Generalgouverneurs, die Einrichtung einer politischen Polizeiabteilung — all das vergrößerte den Menschenfang bis ins Grenzloje. Willkür herrscht auf allen Lebensgebieten.

Die Zahl der Verhafteten ist in diesem Jahre unglaublich hoch gestiegen. Es ist uns gelungen, einige statistische Ziffern über die Zahl derjenigen Personen zu erlangen, welche infolge der „verstärkten polizeilichen Aufsicht“ in den Jahren 1902 und 1903 verhaftet wurden, und welche die Polizeiwache passieren mußten. Diese Berichte geben natürlich kein vollständiges Bild des Janges unter der Bevölkerung, da wir ja noch Gefangnisse haben. Aber diese Polizeiwache passieren alle wegen Streiks Verhafteten, beinahe alle, welche in geheimen Versammlungen verhaftet wurden, außer den Frauen, welche hin und wieder direkt in das weibliche Gefängnis gebracht werden.

Von der Polizeiwache aus werden diejenigen, welche von den Gendarmen zur Untersuchung hinzugezogen werden oder vom Generalgouverneur zur Gefängnisstrafe verurteilt worden sind, in das Gouvernementsgefängnis transportiert, nachdem sie manchmal sich fünf Wochen auf der Polizeiwache herumquälen mußten. Und die Lebensbedingungen sind hier geradezu unmöglich. Die „administrativen“ politischen Gefangenen werden mit Verbrechern in denselben Räumen untergebracht. Es wird auf Brettern ohne Matratzen geschlafen, wobei auf eine Kammer mit 20 Gefangenen oft sieben Bretter kommen; die übrigen schlafen auf dem Boden. Die Fußböden werden niemals gereinigt, so daß sie mit einer dicken Schmutzschicht bedeckt sind. Die Luft ist eine dumpfe; die Gefangenen öffnen die Fenster nicht, da es schon ohnehin bitterlich kalt in den Kammern ist. Die Bekleidung ist eine unerträgliche. Täglich erhalten sie ein Laibchen Brot, dann wird ein Eimer einer Flüssigkeit gebracht, die das Mittagessen ersetzen soll. Kostgeld erhalten die politischen Gefangenen statt der Nahrung nicht.

Und in dieser stickigen Atmosphäre bringen die Gefangenen das Leben zu durch die Willkür des ersten Schutzmanns. Die unten angeführten Zahlen beziehen sich auf „administrative“ politische Gefangene. Aber es existiert noch eine ungemein große Kategorie wegen Bettel, Mangel an Dokumenten und dergleichen „Verbrechen“ mehr Verhafteter; sie werden nach ihrer Heimat ausgewiesen. Die Zahl solcher Verhafteten ist in diesem Jahr sehr bedeutend gestiegen infolge der Vermehrung der Polizeikräfte.

Im Jahre 1901 betrug die Zahl der Tage, welche die von der Polizei Verhafteten abbüßten (mit Ausnahme derjenigen, die auf Urteil der Friedensrichter hin eine Zeit abbüßten) 8656. Im Jahre 1902 sahen 1761 Verhaftete 7768 Tage auf der Polizeiwache. Während der ersten zehn Monate des Jahres 1903 wurden 2200 Personen verhaftet und sie sahen 11 285 Tage hinter Schloß und Riegel. Darunter befinden sich nicht nur administrative Verhaftete, aber die enorme Steigerung der Zahl der Verhafteten ist hauptsächlich, wie wir weiter sehen werden, durch die „Administrativen“ bedingt.

Es besteht noch ein Gebiet, auf welchem die Willkür eines jeden Polizeibeamten hinab bis zum Schutzmann weiten Spielraum hat: das ist das der Polizei gegebene Recht, einen jeden Bewohner für die Nacht festzunehmen. Darüber verlangt niemand Rechenschaft, sogar nicht in dem Falle, wenn der Polizeileutnant den zitierten den ganzen Tag hindurch auf der Wache behält. Und da haben denn in den ersten zehn Monaten des Jahres 1903 —

9160 Mann auf der Wache zugebracht, durchschnittlich 90 Mann täglich oder besser — nämlich. Man muß noch bedenken, daß aus dem 7. und 8. Polizeirevier, wegen ihrer großen Entfernung, die Verhafteten nicht nach der Wache des Polizeipräsidiums transportiert werden — diese Reviere haben ihre eignen Wachen. Man muß also die Zahl 9160 um 2000 Mann erhöhen.

Wir gehen jetzt zu den „administrativen“ politischen Verhafteten über. Im Jahre 1902 ist die Zahl derselben sehr unbedeutend: 109 Mann, die 2687 Tage abgebüßt haben. Das sind 4,25 Prozent der gesamten Verhafteten und 28 Prozent der Gesamtzahl der Tage. Die „Administrativen“ verweilen also um 6mal länger auf der Wache (24,4 Tage anstatt 4,2 im Mittel). Ihre Angelegenheiten werden also um 6mal langamer erledigt; denn nach dem Urteilspruch werden alle Verhafteten entweder in das Gefängnis überführt, oder aus der Haft entlassen. Unter den 109 Verhafteten finden wir: 27 Mann, festgenommen wegen zweier geheimen Versammlungen — sie sahen 769 Tage ab. 22 für Streiks mit 238 Tagen und 17 für Kundgebungen am 1. Mai — 87 Tage. Wir erinnern noch daran, daß 30 außerdem für eine Nacht festgenommen wurden, der Prügelstrafe unterzogen und morgens entlassen wurden.

Charakteristisch ist's, daß der größte Teil der Verhafteten in die ersten Monate des Jahres 1902 fällt. Seit der Abreise des Gouverneurs von Wahl hat sich der übergroße Eifer der Polizei gelegt und das ganze Jahr lief verhältnismäßig ruhig ab, obgleich unser Komitee sehr tätig gewesen ist, was sich aus der Anzahl der Versammlungen während des Sommers ersehen läßt; so 2 Diskussionsversammlungen über den Terror (Schredensregiment) mit 50 Teilnehmern, 5 Versammlungen mit dem Vortrage „Die Aufgaben unserer Bewegung“ mit 400 Teilnehmern, 2 Versammlungen vor dem Vortrage über die Legalisation (Subatow in Moskau) mit 400 Teilnehmern, 2 Versammlungen anlässlich des 5jährigen Jubiläums des „Bundes“ mit 450 Teilnehmern; dann noch Versammlungen der Kommiss, der Handarbeiter und der Möbelschneider mit je 350 Teilnehmern — insgesamt 17 Versammlungen mit 1650 Teilnehmern. Und so erklärt sich die geringe Zahl der administrativen Verhafteten durch die „Untätigkeit“ der Polizei, welche mit der Ankunft des neuen Generalgouverneurs und dem Beginn des neuen Jahres ihren Endpunkt fand.

In den ersten zehn Monaten des Jahres 1903 sahen, wie gesagt, 2200 Personen 11 285 Tage. Unter ihnen waren 576 Administrative (also eine mehr als fünffache Steigerung gegen 1902) und sie büßten 6474 Tage ab. Das sind 26,2 Prozent der Verhafteten und 53,3 Prozent der Tage; durchschnittlich verweilte jeder Administrative 11,2 Tage, um zweimal weniger als im Jahre 1902. Der Grund dafür ist die ungemein große Zahl der Verhafteten und der daraus folgende Raumangel.

Das neue Jahr fing an mit Verhaftungen von Portiers; in den ersten zwei Monaten wurden 33 Portiers verhaftet für unterlassene Anmeldung von Hausbewohnern. Während des ganzen Jahres 1903 wurden verhaftet: 54 Portiers mit 139 Tagen, 11 Hausbesitzer mit 55 Tagen. Durch die Schuld von Gendarmen büßten 38 Personen mit 326 Tagen, für Streiks 40 Personen mit 765 Tagen, für die Kundgebung im Theater 54 Personen mit 678 Tagen, für drei Versammlungen 82 Personen mit 372 Tagen. Die Frauen wurden direkt ins Gefängnis gebracht.

II.

Aus Warschau:

Augenblicklich befinden sich in den hiesigen Gefängnissen ungefähr 200 politische Gefangene. In „Pawiake“ sitzen auch zwei Soldaten, Schalkow und Tschislakoff, die wegen Propaganda und Verbreitung illegaler Literatur im Geere zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind. Vorige Woche wurde hier eine Versammlung von 70 Arbeitern festgenommen. Bei der Festnahme wollte die Polizei Mißhandlungen begehen, mußte aber ihren Eifer dämpfen infolge des energischen Widerstandes der Verhafteten.

Die polizeiliche Willkür steigt hier bis zu einem noch nicht dagewesenen Grade und Umfang. Jede Kundgebung des öffentlichen Lebens wird auf die größtmögliche Art und Weise unterdrückt. Wie in jeder großen Stadt, so besuchen hier die Arbeiter nach der Arbeit sehr gerne die Kaffeehäuser; da treffen sie mit Bekannten zusammen, haben Gelegenheit, eine Zeitung zu lesen und sich über verschiedene Thematika zu unterhalten. Häufig entstehen Debatten über die brennenden Tagesfragen, es finden Diskussionen statt. Die Polizei überfiel nun diese Kaffeehäuser, verhaftete die Anwesenden und schloß die Kaffee-

häuser überhaupt. So drang die Polizei vor ungefähr zwei Monaten in das Kaffeehaus auf der Malajastraße ein, verhaftete die dort anwesenden Personen (45 Mann) und brachte sie lärmend und schimpfend ins Revier. Dort behielt man sie den ganzen Abend über, dann wurden alle entlassen, nachdem sie zuvor durchgeprügelt worden. Damit war die Sache aber nicht zu Ende. Vor kurzem wurden alle diese Personen wieder nach dem Revier gerufen. Dort erklärte man ihnen, daß sie auf Befehl des Generalgouverneurs außerdem noch fünf Tage Polizeiarrest abzubüßen hätten.

Ein gleichartiger Fall fand im Restaurant der Didastraße statt, wo Arbeiter zu Mittag essen. Dort wurden 30 Personen festgenommen, von denen die Hälfte entkam. Eine Stunde später wurden dort wiederum 25 Menschen festgenommen. Alle erhielten im Revier tüchtig Prügel. Ungefähr um 2 Uhr nachts wollte man einige von ihnen freilassen, doch verlangten die Polizisten dafür Geld. Am 23. Januar wurden in einer Privatwohnung 14 Personen verhaftet. So geht es täglich.

Das sind nur zwei Stichproben. In ganz Rußland geht's in gleicher Weise her; überall dort, wo die Bevölkerung die Organisation versucht, um das zarische Regiment abzuschütteln oder die Arbeiter über ihre Pflichten aufzuklären.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um sich auszumalen, wie die Kuno und die Nachrichten vom ostasiatischen Kampflatz von hunderttausenden Russen, den Besten, Intelligentesten und Tüchtigsten des Landes aufgenommen werden.

Die besten Verbündeten der Japaner sind daher die —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 19. Februar 1904.

Ein Gewaltstreik des Vorurteilens.

Eine offene Kriegserklärung gegen Millionen deutscher Reichsangehöriger polnischer Nationalität, einen Eingriff in die Rechtsphäre des Reiches, eine Durchbrechung der Rechtsgrundsätze des bürgerlichen Staates — das und nicht weniger bedeutet der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen, den die preussische Regierung in diesen Tagen dem preussischen Herrenhause zugehen ließ. Dieser Gesetzesentwurf bezweckt nichts mehr und nichts weniger als den Polen die fernere Erwerbung von Grundbesitz zu erschweren, das Entstehen neuer polnischer Ansiedlungen zu verhindern und große, auf durchgesetzlichem Boden stehende kapitalistische Unternehmungen durch Entziehung ihrer bisherigen Rechtsgrundlage zu gerüchtern.

Bekanntlich geht die preussische Ansiedlungspolitik darauf hinaus, größere Güter zu zerlegen und mit deutschen Ansiedlern zu besetzen. Diesem Zwecke dient sowohl die preussische Ansiedlungskommission als auch eine unter Leitung der Sakati stehende private Länderebank. Es handelt sich dabei entweder darum, in deutschem Besitz befindliche Ländereien mit einer deutschen Bevölkerung dichter zu besiedeln oder darum, polnischen Besitz in deutsche Hände zu überführen. Das Ziel dieser Tätigkeit ist, durch wirtschaftlichen Wettbewerb den Grundbesitz zu germanisieren und die Polen mehr und mehr landlos zu machen.

Diesen Bestrebungen gegenüber waren die Polen darauf bedacht, sich den Grundbesitz doch nicht ohne wirtschaftliche Gegenwehr entreißen zu lassen, und darum gründeten sie als Gegengewicht gegen die staatlichen und vom Staate begünstigten Organisationen die polnische Landbank, die nun polnischerseits genau so verfuhr, wie von Seite des Staates verfahren wurde. Auch sie kaufte große Liegenschaften, zerstückelte sie und bestedelte sie — aber natürlich nicht mit deutschen, sondern mit polnischen Bauern.

Die polnische Landbank erzielte einen vollen Erfolg. Ihre Erwerbungen überstiegen zeitweilig die der Ansiedlungskommission, und ihr Geschäft rentierte, während die Ansiedlungskommission mit Verlust arbeitete.

Jetzt, da die Partie schlecht steht, will der preussische Staat das Schachbrett einfach umwerfen. Der neue Gesetzesentwurf verlangt eine von den Behörden, in Posen und Westpreußen sogar direkt von der Ansiedlungskommission erteilte Genehmigung der Ansiedlung, wenn infolge oder gän-

Zweck der Aufteilung eines Grundstücks oder eines Teiles eines solchen in mehrere ländliche Stellen ein Wohnhaus errichten...

Durch diese Bestimmung wird das Reichsgesetz betreffend die Freigabe, das jedem Bundesangehörigen im ganzen Bundesgebiet den Erwerb von Grundbesitz gestattet...

Der Versuch der preussischen Regierung, die Polen außerhalb der bürgerlichen Rechtsgleichheit zu stellen, ist eine Reichsangelegenheit ersten Ranges nicht bloß aus formaljuristischen Gründen...

Nicht bloß von ihrem international-humanitären Standpunkt aus, der für alle Völker nationale Freiheit verlangt, sondern auch in wahren nationalen und, wenn man so will, „patriotischen“ Interessen darf die Sozialdemokratie nicht zögern...

Und im preussischen Landtag ist die Annahme des Gesetzes so gut wie sicher.

Aber während hier wenigstens noch von freisinniger Seite vorwiegend die Nationalen Maßregeln, die der Sozialdemokratie nur bessere Agitationserfolge schaffen würde, gewahrt wurde...

Doch die Ordnungsleute haben sich zu früh in die Karten schauen lassen. Ihre Maßregeln bieten unsern Genossen eine gute Waffe für den Stichwahlkampf...

Das Mecher Telegramm.

In der Budgetkommission des Reichstags gab es am Donnerstag einige Aufregung. Bei Besprechung von Neu- und Umbauten in Mecher kam auch auf das bekannte Kaisertelegramm die Rede...

Wald nach dieser Auseinandersetzung aber mischte sich ein anwesender Regierungsvertreter, General Gallwitz, in das Spiel mit der schneidigen Bemerkung, er wisse nicht, ob die Kommission recht tue, die Depeche in die Debatte zu ziehen...

Der sechste Kongress der Jauresisten.

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Bericht Simonds über das Kommunal-Programm, welches die sozialistischen Bürgermeister und Gemeinderäte beschlossen und das wir feinerzeit mitgeteilt haben.

Die politische Leitung der Partei wird unter Kontrolle der Nationalkongresse von dem Nationalrat, welcher vom Interfederalen Komitee und der Fraktion zu bilden ist, angeleitet.

Berlin, 19. Februar. Die Nachricht, daß Wilhelm II. demnächst eine Mittelmeerreise zu unternehmen beabsichtigt, tritt jetzt wieder mit größerer Bestimmtheit auf.

Auch im preussischen Abgeordnetenhaus wird es voraussichtlich zu einer Kunstdebatte kommen. Wie nämlich erzählt wird, beabsichtigen die Nationalliberalen im Abgeordnetenhaus beim Etat des preussischen Kultusministeriums die Behandlung der jesuitischen Richtung durch die amtlichen preussischen Stellen zum Gegenstand eingehender Besprechungen zu machen.

Ueber den Zeitpunkt der Einbringung der wasserwirtschaftlichen Vorlagen steht, wie die „Berl. Polit. Nachr.“ berichten, die Beschlußfassung des Staatsministers noch aus.

Breslau, 18. Februar. Fürsterzbischof Kardinal Kopp ist gegen den Kräutler Pfarrer Schmutz wegen der von ihm vorgenommenen Trauung des Abg. Korfanth (radikaler Pole) in Rom klagbar aufgetreten und verlangt, daß die römische Kurie die vollzogene Trauung für null und nichtig erkläre.

Rudolstadt, 18. Februar. Der Schwarzburg-Rudolstädter Landtag ist eröffnet. Seitens der Regierung ist eine Reihe von Vorlagen eingegangen, außerdem harrten zahlreiche Petitionen ihrer Erledigung, so daß die diesmalige Session von längerer Dauer sein dürfte.

Karlsruhe, 18. Februar. Nach einer offiziellen Mitteilung der Verfassungskommission der Zweiten Kammer hat der Minister des Innern erklärt, eine Verfassungsrevision mit Einführung des direkten Wahlrechts werde von der Regierung nur unter Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer durchgeführt werden.

Frankreich.

Angesichts der von Jaures auf dem sozialistischen Parteitag in St. Etienne angeführten Ansicht, in der Kammer das Wort über die russisch-französische Allianz zu ergreifen, beschloß die Kammerfraktion der radikalen bürgerlichen Parteien, sich mit den Vorständen der übrigen republikanischen Mehrheitsparteien, jedoch unter Ausschluß des Vorstandes der sozialistischen Partei, zu verständigen...

Türkei.

Die letzten Nachrichten vom Schauplatz der Albanesen-Bewegung besagen, daß in Djalova, welches von Albanesen von Stamm der Hasi bedroht wird, nur drei Bataillone stehen. Der Kampf soll fortauern. Die Lage in Djalova wird von verschiedenen Seiten als kritisch bezeichnet.

Südafrika.

Einem Telegramm des Reuterschen Bureaus aus Kapstadt zufolge hat der Premierminister der Kapkolonie Sprigg seine Entlassung genommen. An seine Stelle wurde der aus dem Burenkrieg bekannte Dr. Jameson vom Gouverneur berufen. Die Ursache des Rücktritts Spriggs bildet der Unfall der Wahlen zum Parlament der Kapkolonie, die dem Africander-Bund eine Niederlage gebracht haben.

Der russisch-japanische Krieg.

Ein Akt der Verlegenheit.

Um die Erregung, die in Russland ob der ungünstigen Nachrichten herrscht, zu dämpfen, ist ein Erlaß der zarischen Regierung ergangen, in dem die folgenden Sätze vorliegen: Die russische Bevölkerung wünscht mit begreiflicher Erregung schnelle Revanche und erwartet mit fieberhafter Spannung Nachrichten vom fernem Osten.

Vor Lichemulpo.

Neben dem Untergang der beiden russischen Kriegsschiffe gibt ein Augenzeuger folgenden Bericht: Das Schauspiel an Bord war unbeschreiblich. Das Schiff war zur Hölle geworden. Die glühend heißen Geschosse verursachten den Mannschaftskörpern außer den eigentlichen Verbrennungen auch noch schreckliche Brandwunden, und der Mangel jeder Schutzbedeckung stellte die Mannschaft vollständig bloß und verursachte viel ganz unnötigen Verlust.

Der „Buhle“ Pofadowsky.

In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses hat in einer persönlichen Erklärung der Fabrikant Schorfmaschischer Artikel in der „Post“ und im „Tag“, der Abgeordnete Freiherr v. Hedlich-Kenkirch, einen scharfen Vorstoß gegen den 12000-Mark-Grafen gemacht.

Es ist der Ton, der die Rüst macht, und man muß den unfagbar verächtlichen Ton gehört haben, den der als politischer Händelschmied bekannte Schorfmascher gegen das Reichsamt des Innern anstimmte, um die politische Bedeutung der Sache voll würdigen zu können.

Vielleicht glaubt diese kleine, aber einflussreiche Schorfmascher-Clique, daß jetzt der Zeitpunkt für einen Vorstoß besonders günstig ist, weil sicher maßgebenden Orts die Kundgebung im Reichstag und die dabei von der Regierung eingenommene Haltung eine gewisse Bestätigung hervorgerufen hat.

Als feinerzeit Pofadowsky die Buchhändlerkongresse einbrachte und bei den Männern vom Zentralverband um 12000 Mark betteln ging, fand er das begeisterte Lob und die rückhaltlose Unterstützung des selben Hedlich, der ihn nunmehr, wo Pofadowsky zu ähnlichen Schorfmascherdianen nicht mehr bereit ist, von seinem Sessel stürzen möchte.

Die Forderungen sind noch lange nicht beendet. Es ist daher anzunehmen, daß Pofadowsky nach wie vor unentbehrlich bleibt, denn er ist der einzige, der sich die Mühe genommen hat, etwas zu lernen.

Wegen des ersten haben die Schorfmascher nichts einzusetzen. Sein Renner auf sozialpolitischem Gebiet aber macht den Mann mit dem Worte in ihren Augen zum Hahnen der Sozialdemokratie.

Südwärts, es gehört weniger als nichts dazu, aus von jener Seite dieser Kahlheit beizugehen zu werden.

Liberaler Wahlrechtsänderer.

Wahlrechtsvergleicherungen werden nach dem Vorbild des Reichstags Sachsen jetzt überall da geplant und teilweise auch durchgeführt, wo sich die Sozialdemokratie als Beherrscherin der Arbeiterinteressen ein wenig Einfluß in Staats- und Stadtparlamenten zu verschaffen beginnt.

Deutscher Reichstag.

(86. Sitzung.)

Berlin, 18. Februar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Präzise.
Die zweite Beratung des Postetats

wird beim Titel „Staatssekretär“ fortgesetzt.

Dazu liegen vor zwei Resolutionen des Zentrums (Dienstzeitstatistik; Ausdehnung der Sonntagsruhe auf katholische Feiertage in katholischen Gegenden) und eine Resolution der Freisinnigen Volkspartei auf Vorlegung einer jährlichen Uebersicht über die Krankheits- und Todesursachen der Postbeamten.

Abg. Dröschner (kons.): Die meisten Wünsche der unteren und mittleren Postbeamten sind erfüllt, ja, es ist vielfach mehr geschehen, als die Beamten erwarteten. Was noch erfüllt werden muß, ist die Forderung auf gleichmäßige Bemessung des Erholungsurlaubes, auf strenge Durchführung der Dienststundenpläne, auf Entschädigung für Nachdienst, auf Einschränkung der Schreibeweis, auf offene Führung der Personalakten, auf Herabminderung des Sonntagsdienstes durch Erhöhung der Gebühren für die Sonntagsbestellung und durch Befreiung der Drucksachenbestellung, mit Ausnahme der Zeitungen. Weiter tritt weiter für Berücksichtigung der Wünsche der höheren Beamten ein und verlangt, daß die Postverwaltung bei den ortsbewohnenden Meistern und den Handwerkerangehörigen arbeiten läßt. (Bravol rechts.)

Abg. Eichhoff (Freis. Sp.): Meine vorjährige optimistische Erwartung auf hohe Ueberschüsse aus der Post ist durch die Wirklichkeit noch übertroffen worden. Hoffentlich macht der Krieg im fernern Osten jetzt keinen Strich durch die Rechnung. Angesichts dieses günstigen Etats muß die Verkehrs- und Personalreform kräftig weitergeführt werden. Wie steht es mit der deutsch-niederländischen und der deutsch-schweizerischen Post-Union?

Wir werden den Antrag auf Postfreiheit für Postverbindungen der Soldaten in die Heimat unterstützen. Kaufmännische Kreise haben sich darüber beschwert, daß zu Weihnachten und Ostern verboten worden ist, mehrere Pakete mit einer Paketadresse zu befördern. Ueberhaupt ist eine Vereinfachung der Paketbeförderung erwünscht. Es müßte ein Apparat geschaffen werden, durch den die Pakete auf einmal in die Hände gelangen können. Der von anderer Seite angeregten anderweitigen Abtufung der Fernsprechgeldgebühren schließe ich mich an. Die höheren Beamten sind jetzt durchschnittlich um 1100 Mark jährlich schlechter gestellt als im Jahre 1882. Die Erfüllung der von ihnen in einer Denkschrift dargelegten Wünsche würde nur die verschwindend geringe Summe von 940 000 Mark beanspruchen. Die Zulagen an die Beamten sollen nicht nach politischer Gunst verteilt werden. Das erinnert an das Wismarsche Wort von „Judenrot und Peitsche“. Unse Resolutionsfunktion auf Vorlegung einer jährlichen Statistik über die Krankheits- und Todesursachen der Beamten kann ich nur empfehlen. Der Prozentsatz von Lungenleiden ist namentlich bei den Unterbeamten sehr hoch; die Post darf nicht die Vermittlerin der Ansteckung von Krankheiten sein. Bei den übrigen Punkten kann ich mich dem Abgeordneten Singer anschließen. Die Erklärung des Staatssekretärs über die Koalitionsfreiheit der Postbeamten hat auch mich nicht befriedigt. Ich halte es für unrichtig, daß die Beamten die ihnen verliehenen Schilde selbst bezahlen müssen. Auch der Wohnungszulageaufschlag muß erhöht werden. Die Unterbeamten haben heute eine überlange Dienstzeit, in Berlin bis 70 Stunden wöchentlich. Möge sich die Postverwaltung nicht durch Fiskalismus und Bürokratismus von Reformen auf dem Verkehrs- und Personalgebiet abhalten lassen. (Bravol links.)

Staatssekretär Prätze bestritt, daß bei den höheren Postbeamten eine wirkliche Notlage bestehe.

Abg. Fürst Radziwili (Pole) wendet sich gegen die Ostmarkenzulage der Postbeamten. Sprache und Sitten der Polen dürfen nicht unterdrückt werden. Wir stehen dieser Politik mit der Hand gegenüber, die aus dem Bewußtsein der inneren Kraft unsres Volkes hervorgeht. Auch jetzt versucht man durch Gesetzentwürfe,

die dem Abgeordnetenhaus zugegangen sind, die wirtschaftliche Lage des polnischen Volkes zu untergraben...

Vizepräsident Graf Stolberg: Die Gesetzentwürfe, die dem Abgeordnetenhaus zugegangen sind, haben mit dem Postetat nichts zu tun. Abg. Singer (Soz.) ruft: Ostmarkenzulagen im Postetat!

Abg. Fürst Radziwili (fortfahrend): Wir protestieren auch gegen die Nichtbestellung von Briefen mit polnischen Adressen. Wir wären Verräter an unserm Volksbewußtsein, wenn wir auf den Gebrauch unsrer Muttersprache verzichteten wollten. (Bravol bei den Polen.)

Abg. Schrader (Freis. Vg.): Im allgemeinen können wir mit unsrer Post wohl zufrieden sein. Aber die Klagen der Beamten über zu geringes Einkommen werden nicht ohne Grund erhoben, da von Jahr zu Jahr die Ansprüche an die Lebenshaltung größer werden. Manche Beschwerden würden sich beseitigen lassen, wenn eine engere Fühlung zwischen Vorgesetzten und Untergebenen bestände. Das ist leicht möglich: Der Herr Staatssekretär hat ja wie jeder Postassistent selbst am Schalter gesehen (Staatssekretär Krätze nicht), und so ist es mit fast allen höheren Beamten. Sie haben also Verständnis für die Lage ihrer Untergebenen. — Die Beamten haben zwar kein Koalitionsrecht zu beanspruchen, wohl aber freies Vereins- und Versammlungsrecht. — Versammlungsverbote sind höchst bedenklich. Herr von Gerlach ist zu seiner Hamburger Rede selbst von den Unterbeamten aufgefordert worden. Ein Postunterbeamtenverein über ganz Deutschland würde nur segensreich wirken. (Beifall links.)

Abg. Dr. Bödker (Antif.): In den Kreisen der Postunterbeamten ist in der Tat die Sympathie für die Sozialdemokratie gestiegen. Deshalb sollte man es begrüßen, wenn Königskrone Reue sich der Interessen der Postunterbeamten annehmen. Aber auch in unsre Versammlungen werden Aufpuffer geschickt, und Wahreglungen folgen. Das muß Verbitterung hervorrufen. Weiter tritt für materielle Vesserstellung der Beamten ein und verlangt, daß mit dem warenhauslerischen System der Anstellung weiblicher Kräfte gebrochen wird, worunter auch die Sitlichkeit leidet, weil weniger Ehe geschlossen werden, wenn weniger männliche Beamte angestellt werden. Leider bevorzugt die Postbehörde bei der Bestellung von Uniformen die gemeingefährlichen Institute der Warenhäuser. (Lachen links.) Weiter tritt für Bewilligung von unwiderrücklichen Ostmarkenzulagen ein. Noch mehr Schwierigkeiten als die Polen, machen die Juden der Post. (Große Heiterkeit.) Grabe im Osten haben wir zahlreiche ungeschickte und überempfindliche Hebräer. (Lachen links), geradezu halbstaatliche Elemente. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Stodmann (Sp.) hält es für nötig, daß die Gehälter, namentlich der Postunterbeamten, aufgebessert werden und daß ihnen mehr Sonntagsruhe gewährt wird. Weiter äußert Bedenken gegen die Zentrumsresolution.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Dr. Jaunex (Sozfringer), Hug (Btr.) und v. Creuzfeldt (kons.) wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt.

Schluß 5 1/2 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Februar 1904.

— Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung findet am Sonnabend den 20. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in der „Herbster Bierhalle“ statt. Es sollen im besonderen die Mißstände in den Fabriken von Polte, Panther-Fahrradwerke und Köhlig u. König einer Kritik unterzogen werden. Es darf eine zahlreiche Beteiligung der dort Beschäftigten als sicher vorausgesetzt werden.

— Wahrung, Statuten! In Differenzen geraten sind die Stukkateure der Firma Glajemann u. Rudolph. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

— Vom Bau der projektierten Südbahn hat der von den städtischen Behörden eingeleitete Willkürbau ausschluß vorläufig Abstand genommen, da zurzeit ein Bedürfnis nicht vorhanden ist. Auch vom Bau einer Fußgängerbrücke nach dem „Kotzebörn“ ist Abstand genommen. Betreffs Freigabe eines Fußgängerweges über die Eisenbahnbrücke am „Gerrenkrug“, womit sich die vorletzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte, soll die Eisenbahnverwaltung geneigt sein, dem Wunsche nachzukommen. Allerdings müßte dies auf Kosten der Stadt geschehen.

— Zum Bürgermeister von Breslau wurde gestern an Stelle des verstorbenen Bürgermeisters Jänicke von der Stadtverordneten-Versammlung der Stadtrat Mühl-Breslau mit 53 gegen 29 Stimmen gewählt, die auf dem Stadtrat Kaiser-Magdeburg fielen.

— Unfall am Fußgängerweg. Der Mechanikerlehrling Wilhelm Kahlbaum aus Neustadt ist am Donnerstag gegen Abend im Neubau des Fußgängerweges in einer Höhe von ungefähr 5 Meter abgestürzt, wobei er eine Verwundung am Kopf und innere Verletzungen davon trug. Der Verunglückte, dessen Zustand ziemlich bedenklich ist, wurde mittels einer Droschke dem Sudenburger Krankenhaus zugeführt.

— Aus Kinderarmut. Im benachbarten Schneebef wurden die Knaben einer Klasse der Volksschule vom Lehrer gefragt, ob sie wüßten, zwischen welchen beiden Staaten Krieg geführt würde. Wie aus einem Munde erscholl die Antwort: „Zwischen Rußland und Japan!“ Auf die weitere Frage, wer von den beiden Staaten gewinnen soll, erfolgte die prompte Antwort: „Japan! Denn Rußland hat doch schon Land genug!“ So ganz unberechtigt ist übrigens die Antwort nicht.

— Wasserrohrbruch. Ein Wächter vom Bach- und Schließ-Institut bemerkte in vergangener Nacht, daß aus dem Hause Werkstraße 12 Wasser floß, welches, wie dann festgestellt wurde, von einem Rohrbruch herrührte. Der Wächter wurde sofort die Bewohner des Hauses, die durch die Wassermenge des Beamten vor größerem Schaden bewahrt wurden.

— Sturweis. Der gesamten heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma E. Glöckig b. worauf unsre Leser achten wollen.

Aus dem Stadverordnetenversammlungssaale.

Magdeburg, den 18. Februar.

Die Tribünen sind überfüllt. Der Vorsitzende gibt das (in der „Volksstimme“ bereits gestern veröffentlichte) Schreiben der Magdeburger Geistlichkeit betreffend das Verbot der Schüleraufstellungen bekannt.

Zustizrat Stern beantragt daselbe dem Magistrat zur Auklärung zu überweisen. — Das geschieht.

Der Ueberschreitung einzelner Titel der Haushaltung der Armen-Verwaltung für 1903, und zwar A) der Armenkasse um 34 901,25 Mark, B) der Krankenkasse um 23 820 Mark, C) der Krankenkasse Sudenburg um 31 358,28 Mark, D) der Armen- und Arbeitskassen um 200 Mark, E) der städtischen Erziehungsanstalt um 1325 Mark, zusammen um 91 604,53 Mark, stimmt die Versammlung zu.

Ebenso der Ueberschreitung der für die Unterhaltung der Gebäude wie der Gas- und Wasserleitungen in der Poltebadanstalt Bemsdorferweg 15 e vorgesehenen 380 Mark um 240 Mark und der Erhöhung des Haushaltplans der beiden höheren Mädchenschulen für 1903 — Neubeschaffung von Klaffgeräten für die Augustaschule, Wismarstraße 5, 200 Mark — um 150 Mark.

Punkt 5 behandelt die Festlegung der dem Militärklub für die Aufgabe der demselben am hiesigen Domplatz zustehenden servitutari-

Fenilleton.

(Nachdruck verboten.)

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(81. Fortsetzung.)

Der Pastor faltete seine wohlgepflegten Hände und erwiderte mit leichtem Stirnrunzeln:

„Ihre Frau Schwiegermutter hat noch nicht ausgelitten. Noch lebt sie.“

„Sie lebt noch! Nun, was zum Puckel wollen Sie denn?“

„Ihre Frau Gemahlin hat mich, mit Ihnen zu sprechen. Sie sagte mir, es hätte zwischen Ihnen und Frau Düsbach Differenzen gegeben. Wollen Sie nicht im Angesicht des Todes den alten Streit vergessen und der Kranken die Hand drücken?“

„Aber Horstmann fuhr mit den Händen in die Hosentaschen:

„Der die Hand drücken! Schlimm genug, daß sie in meinem Haus ist. Und hoffentlich... hoffentlich...“

„Die Kranke selbst hat den dringenden Wunsch. Alles, was Sie etwa an ihr gefehlt haben, soll vergessen sein.“

„Was ich an ihr gefehlt?“

Horstmann fuhr wild auf.

„Lieber Herr, dies Weib ist mir zwanzigtausend Mark schuldig. Vor drei Jahren, als ich um ihre Tochter anhielt, stand sie vor dem Bankrott. Ich glaubte, in eine anständige Familie hineinzugeraten, statt dessen bin ich an Leute gekommen, denen von Rechts wegen nicht mehr das Hemde auf dem Leibe gehörte. Davon hat Ihnen der liebe Engel wohl nichts verraten?“

Der Pastor stand einen Augenblick erschüttert, ohne eine Antwort zu finden. Auf diese Rohheit war er nicht gefaßt gewesen. Er reichte dem Ingenieur die Hand, und als dieser sich umdrehte, verließ er stumm das Zimmer.

Auf der Treppe traf er mit Geheimrat Zimmer zusammen, der gerade von der Kranken kam. Er hatte sie zum ersten Male wieder frisch und entschieden auf dem Weg

der Besserung gefunden. Pastor Eierland war noch zu erregt über die Unterredung mit Horstmann, als daß er sich über den Bericht des Arztes in dem Maße hätte wundern können, wie er es sonst getan hätte. Er erzählte seinem Freunde den schönen Empfang und war erst beruhigt, als der Geheimrat ihm versicherte: Horstmann sei nicht ganz normal.

„Die bedauernswerte Frau!“ sagte er, „sie hat wahrhaftig Gelegenheit, sich in christlicher Geduld zu üben.“

Nach vierzehn Tagen war Frau Düsbach wieder so weit, daß sie aufstehen konnte. Anna hatte ihr einen Korbstuhl ins Zimmer stellen lassen, in dem sah sie meistens mit dem Hund auf dem Schoß und schaute aus dem Fenster, das eine schöne Aussicht auf den Garten hatte. Sie bekam viel Besuch. Außer dem Geheimrat Zimmer, ließ sich Pastor Eierland als treuer Seelsorger mehrmals die Woche bei ihr sehen, auch Alice besuchte ihre Mutter und brachte sogar ihren Mann mit. So wurde mit der Zeit ihr Krankenzimmer zu einer Art Geheimkabinett, worin man über Horstmann klatschte und gegen ihn Intriguen spannte.

Eines Tages ließ Frau Düsbach durch Anna Mewes in ihr Zimmer rufen. Sie drückte ihm zwei Laler in die Hand und sagte:

„Ein kleiner Dank für Ihre freundliche Hilfe, als ich hierher gebracht wurde. Eigentlich sollte es mehr sein.“

Mewes steckte das Geld mit einem mürrischen Brummen in die Tasche. Er wollte schon gehen, als Frau Regierungsrat sagte, sie hätte noch eine Bitte.

„Was soll's denn sein?“

„Das Mädchen hat morgens immer zu tun, könnten Sie mir nicht in aller Frühe den Ofen anmachen?“

„Das ließe sich ja schließlich machen,“ erwiderte Mewes nach einigem Nachdenken.

Er kam nun alle Morgen, wenn's noch dunkel war, hereingeschlurft und machte Feuer. Bei dieser Gelegenheit merkte die Kranke, daß er die Medizinflasche, die auf dem Nachttisch stand, umdrehte und betrachtete. Nach einigem Hin und Her brachte sie heraus, daß er jahrelang Zigarettdiener gewesen war und sich einbildete, etwas von der

Medizin zu verstehen. Einmal auf dieses Thema gekommen, legte er seine Stumpfheit ab und erzählte eine Menge haarsträubender Geschichten von Krankheiten, Operationen und seinen Erlebnissen in der Zrenanstalt. Sie fragte ihn, ob er mit seiner jetzigen Stellung zufrieden sei? Er erwiderte:

„Nu ja, wenn man kein Glück hat, muß man schon zufrieden sein. Ich hab's mir ja ein bißchen anders gedacht. Daß ich auf meine alten Tage noch den Pferdebienen spielen muß, habe ich mir nicht träumen lassen.“

Mit der Zeit wurden die beiden Alten ganz vertraulich miteinander. Frau Düsbach ging mit der Schwägerin immer öfter um den heißen Brei herum. Nur wie von ungefähr fragte sie einmal, welcher Art Horstmanns Krankheit eigentlich gewesen, und ob er jetzt wieder ganz gesund sei.

Mewes ließ sich die Frage dreimal wiederholen. Er blies die brennenden Holzspäne an, wühlte in den Kohlen herum und gab keine Antwort. Erst als er fertig war, kam er ans Bett der Alten, stülte sein Benzolämpchen auf den Nachttisch und sagte:

„Das steht fest, und da mögen die Professoren dreimal das Gegenteil sagen, ich habe dafür meine Beweise: wenn einer mal oben was sitzen hat, der wird's auch nicht wieder los. Das bleibt und freit weiter... wie Krebs.“

Während Frau Regierungsrat am Fenster saß, sah sie manchmal morgens, wenn Horstmann aus war, Mewes mit einem Sack auf dem Buckel aus dem Stall schleichen. Er verschwand im Garten und kam nach einer Weile ohne den Sack zurück. Eines Tages bemerkte sie ihn wieder. Diesmal hatte der Sack ein kleines Loch, aus dem Saferkörner auf die Erde rannen. Die Alte wunderte sich. Was mochte der Diener mit den Säcken anfangen? Schließlich fiel ihr ein, daß die Gartenmauer ein Pförtchen hatte, das nach einem Gäßchen hinausging. Wahrscheinlich wartete dort der Gelehrte, der ihm den Safer abnahm. Als Mewes am nächsten Morgen hereinkam, fragte sie ihn:

„Was kriegen Sie denn für den Safer?“

Der Wärter ließ vor Schreck beinahe seinen Arm holl

Solz fallen und fragte: „Was?“

(Fortsetzung folgt.)

den Berechtigungen zu entrichtenden Entschädigung auf 25 000 Mark. Der Vorsitzende teilt jedoch mit, daß der Magistrat die Vorlage zurückziehe.

Der Magistrat ersucht in einer Vorlage um die Quartierung der Arbeiter in den Arbeiterwohnstätten. Die Vorlage ist dem Magistrat durch den Stadtrat vorgelegt worden. Der Magistrat ersucht um die Quartierung der Arbeiter in den Arbeiterwohnstätten. Die Vorlage ist dem Magistrat durch den Stadtrat vorgelegt worden.

Stadtrat Haupt (Soz.): Vor Jahresfrist hätten seine Freunde diese Frage bereits angeregt. Er befragte, daß auch außer den Schuldiener-Gefrauten noch mehrere Hilfskräfte versicherungspflichtig seien. Dem Bedauern des Stadtrats. Umfrage schickte er sich nicht an, da der Entscheid des Reichsversicherungsamts sehr berechtigt und gerecht sei und man sich freuen könne, daß er da ist. Nicht einverstanden aber sei er damit, daß die armen Schuldiener die Hälfte der Kosten tragen sollten. Wie, wenn inzwischen einige der Frauen invalide geworden wären? Dann hätte die Stadt noch viel mehr Kosten zu tragen! Redner beantragt, auch die andere Hälfte der Stadt zur Last zu legen. Stadtr. Stern widerspricht. Die Stadt trage ja keine Schuld, sondern die fehlende Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts.

Stadtrat Völkchen verteidigt das letztere, spricht sich aber gegen den Antrag Haupt aus. In Zukunft wolle man jedoch genau nachforschen, wer alles versicherungspflichtig sei, um ähnlichen Nachzahlungen vorzubeugen.

Stadtr. Brüggenmann fragt, wohin eine derartige Rechtsprechung führe. Er verweise so etwas gar nicht.

Stadtr. Landsberg (Soz.): Es mag für das Reichsversicherungsamt sehr schmerzhaft sein, daß Herr V. den Entscheid nicht versteht, derselbe ist aber völlig korrekt. Der Sinn des Invalidenversicherungsgesetzes sei doch der, daß der versicherungspflichtig sei, der einem anderen gegen Entgelt wirtschaftliche Dienste leistet. Der Magistrat befinde sich im Irrtum, als er die Frauen nicht versichert, zumal schon verschiedene Entschiede vorliegen. Deshalb müsse die Stadt die ganzen Kosten tragen und man könne nicht die an der Sache völlig unschuldigen Gefrauten unter dem Joch des Magistrats lässig lassen.

Stadtr. Odenmar will, daß die Frauen sich selbst versichern, worauf Stadtrat Völkchen darauf hinweist, daß das ungeheuerlich sei.

Stadtr. Stern ist der Meinung, daß die Frauen nicht der Stadt, sondern dem Ehemann Dienste leisten.

Stadtr. Haupt weist darauf hin, daß die Sozialgesetzgebung gewissen Reuten ein Dem im Auge sei. Wenn nicht die Gefrauten diese Arbeit verrichten, müßten sich die Schuldiener fremde Hilfskräfte halten und die Stadt müßte ihnen bedeutend höhere Gehälter zahlen.

Stadtr. Landsberg (Soz.) polemisiert gegen Stadtr. Stern. Die Frauen leisten doch der Stadt die Dienste, sie reinigen doch die Schulen etc. nicht für ihre Ehemänner. Zumal habe der Magistrat sehr gut gewußt, daß die Frauen diese Arbeiten verrichten.

Stadtr. Brüggenmann bleibt wiederholt dabei, daß das Reichsversicherungsamt die ganze Sache auf den Kopf stelle.

Stadtr. Schwarzkopf spricht gegen den Antrag Haupt. Schließlich können alle Arbeiter her und verlangen die Bezahlung ihrer Beiträge durch die Stadt. (Unruhe.)

Stadtr. Haupt weist nach, daß es völlig gesetzlich sei, wenn die Stadt die ganzen Kosten trage. Da der Schuldiener sei dem niedrigen Gehalt nicht imstande sei, die Arbeiten allein zu bewältigen, so müsse eben die Frau helfen und ergo auch versichert sein. Beim Konsumverein sei es ebenso. Bei diesem sei entschieden worden, daß die Arbeiterinnen nicht dem Lagerhalter, sondern dem Konsumverein angehören.

Stadtr. Ritsch: Die Schulverwaltung habe die Bestimmung getroffen, daß im Falle der Krankheit der Frau des Kassellers diese eine Hilfskraft halten könne. Daraus folgere klipp und klar, daß die Frauen in einem indirekten Vertragsverhältnis mit der Stadt stehen.

Stadtr. Remann 2 verleiht den Standpunkt des Reichsversicherungsamts auch nicht. Diese Rechtsprechung sieht fast so aus wie — na, ich hätte beinahe was gesagt. (Heiterkeit.) Er und Stadtr. Odenmar bitten den Antrag Haupt abzulehnen.

Im Antrag Odenmar auf Ausdehnung der Versicherung wird mit 16 Stimmen angenommen. (Brüggenmann und Genossen jubeln laut auf. Große Unruhe.) Darauf wird die Sache dem Rechtsausschuß überwiesen. Damit sind einstweilen die übrigen Anträge erledigt.

Hierauf bewilligt die Versammlung 2660 Mark zur Instandsetzung des alten Gesellschaftsbaues im Friedrich-Wilhelms-Platz und Ausbau von vier Abfertigungsstellen in die Waschanlagenanlage deselbst, ferner 675 Mark zur Entfernung und zum Kröpfen von faulen Pappein an der Herrenkrug-Gasse und zur Kröpfen des Waschanlagenbaues der Berliner Bahn und zur Kröpfen von Abfällen deselbst (ev. sollen Kaskamen genommen werden), 8000 Mark zur Bichtung der zu dicht stehenden Gehölzgruppen auf dem Rotenhorst sowie zur Erweiterung der vorhandenen und zur Anlage neuer Gruppen (Stadtr. Haupt regt an, daß dort in der Nähe liegende Fort zu befestigen, worauf Stadtrat Remann eine befriedigende Antwort gibt) und 10 700 Mark zur Ausführung gärtnerischer Anlagen auf dem Stanislaus-Platz und Baumplantagen in den angrenzenden Straßen.

Der nächste Punkt betrifft die Verpachtung eines Teiles der sogenannten Bauerwartungsfläche auf dem Rotenhorst an die Magdeburger Schützenzilde zur Abhaltung von Schützenfesten für jährlich 1000 Mark auf die Dauer von sechs Jahren und unter dem Vorbehalt, daß der Vertrag nach vorausgegangenem sechsmonatlicher Kündigung aufgelöst werden kann, wenn das Pachtgelände für städtische Zwecke Verwendung finden soll. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Die Zustimmung dazu, daß der Pächter des Landes des Hofpfortplatzes, Brunnenbesitzer Albert Drog, welcher zum Jahreslohn 1200 Mark Pacht zahlt, von Lage der Uebergabe der Landstücke an den Pächter ab für das ihm verbleibende Pachtgelände von 17 450 qm Größe nur aus einem Pachtzins von 750 Mark jährlich zu entrichten hat, wird erteilt.

Darauf folgt Punkt 13:

Gesuch des Verbands der Steinseher hier.

Bei Vergebung städtischer Hilfsarbeiten nur solche Firmen zu berücksichtigen, welche den Nachweis führen können, daß sie den für die Steinsehergewerbe im Stadtbereich Magdeburg gültigen Lohnstarifvertrag anerkennen und auch tatsächlich zur Einführung gebracht haben.

Bezirksamter Stadtr. Brandes (Soz.) führt aus, daß im August vor dem Einigungsamt ein Tarifvertrag im Steinsehergewerbe abgeschlossen sei. Dieser habe den Zweck, ein günstiges Verhältnis im Bereiche herbeizuführen, Kompüsse zu vermeiden usw. Da die Stadt gerade auf diesem Gebiete der größte Arbeitgeber sei, sei sie auch daran interessiert, daß gute Arbeiten ausgeführt würden. Das gefesse aber nicht, wenn nicht der Friede im Gewerbe gestört sei. Es müsse festgestellt werden, daß wirklich die Arbeit noch viel besser gemacht werden könne. Die Steinseher sind nun zu der Ueberzeugung gelangt, daß dieser Tarifvertrag vielfach durchbrochen und somit auch der Stadt Schaden zugefügt werde. Aus diesem Grunde solle der Magistrat dafür sorgen, daß künftig nur tarifmäßige Firmen mit Aufträgen beauftragt werden.

Stadtr. Hoffmann berichtet von einem Arbeitgeber, von dessen 27 Gesellen 20 nicht im Verbande seien und bei den jetzigen Verhältnissen ganz zufrieden seien. (Lachen.) Wie komme man dazu, diese jetzt zu zwingen, dem Verbands beizutreten. (Rufe: Wer will denn das?)

Stadtr. Brüggenmann hält die übliche Rede gegen die Freiheit der Arbeiter.

Stadtr. Klinghardt: Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß derartige Vereinbarungen auch zu respektieren sind, und bei dem Buchdruckers-Tarif habe man das ja jederzeit zum Ausdruck gebracht. Allein die Vorteile dieses Tarifs lägen im Steinseherarif nicht vor. Auch die Vorteile nicht in der Höhe gewesen, sich eingebildet mit der Frage zu beschäftigen. Als tarifmäßig gebilligt sei, als tarifmäßige 6 Firmen an, so daß von einer Lohn-Steigerung wohl noch keine Rede sein könne. Der Magistrat könne also einstweilen keine präzisere Stellung nehmen.

Stadtr. Stern steht auf dem Standpunkt, daß sich die Stadt in die Verhältnisse der Gewerbetreibenden nicht einzumischen habe. Es müsse daran festgehalten werden, daß Arbeiten vergeben werden an gute und zuverlässige Arbeitgeber. Man könne nicht wissen, ob solche Vereinbarungen auch freiwillig erfolgt seien. Jedenfalls unterlasse sich der Tarif sehr vom Buchdruckers-Tarif.

Stadtr. Haupt protestiert gegen Hoffmann, die Sache zu verwickeln. Kein Mensch denke daran, die Arbeiter zu zwingen, dem Verbands beizutreten. Es handle sich doch nur darum, für Einhaltung des Tarifs zu sorgen. Der Buchdruckertarif sei auch nicht über Nacht entstanden. Der Herr, von dem Herr Hoffmann sprach, scheint gerade der zu sein, der den Tarif mit abgeschlossen hat und ihn jetzt nicht einhält. Der Vertrag ist nicht nur von Verbändlern, sondern von allen Arbeitern abgeschlossen worden, und hilft der Stadt sehr dabei, die Schmutzkontrollen zu besorgen. Wo es uns also möglich ist, Arbeit bei tarifmäßigen Firmen ausgeführt zu erhalten, so liegt gar kein Grund vor, die werbtätigen Unternehmer irgendwie zu berücksichtigen.

Stadtr. Schneider stimmt Hoffmann zu, daß es sich nur darum handle, die Arbeiter zum Eintritt in den Verband zu zwingen. (Unruhe.)

Stadtr. Landsberg: Der Antrag hat zwei Gegner gefunden: Einen offenen und einen verdeckten. Als letzteren sehe ich den Kollegen Hoffmann an. Es ist doch hier gar keine Rede davon, Arbeiter in den Verband zu zwingen. Der Vertrag ist doch nicht geschlossen zwischen den Verbändlern und Meistern, sondern mit allen Steinsehern am Ort. Herr Brüggenmann hat den Sinn der Tarifverträge eben nicht begriffen. Die Stadt schließt nur Verträge ab mit Beuten, die so gestellt sind, daß sie auch für die Löhne usw. aufkommen können. Wenn also ein Unternehmer nicht den üblichen Lohn zahlt, so verfährt er gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Stadtr. Hoffmann: Der Vertrag sei in Berlin entworfen worden. (Redner verliest den Brief eines Arbeitgebers, der mittelteil, daß seine Gesellen nur geringere Entlohnung im Verbands seien.) Heute könne kein Arbeiter mehr ungehindert auf seine Arbeitsstelle gehen, er müsse gewärtig sein, daß man ihn an Leben und Gesundheit schädige (Unruhe), daß man ihm das Werkzeug abnehme, ihn schikanieren usw., nur weil er nicht im Verband sei! (Unruhe.) Das ist die Freiheit, die Sie predigen. Auf verdeckte Weise wollen die Steinseher hier erreichen, was sie sonst nicht erreichen können.

Stadtr. Brandes: Viele Buchdruckereibesitzer hätten nichts mehr zu sagen, seitdem sie den Tarif eingeführt hätten. (Lachen.) Er sei ein Gegner jeglichen Zwanges. (Lachen.) Jeder solle nach seiner Fassung selbst werden. Man solle jeden sehen lassen, wie er fertig werde. Die persönliche Freiheit des Individuums dürfe nicht angegriffen werden. (Lachen.)

Stadtr. Vizebürgermeister Baensch bekennt sich als Freund tariflicher Vereinbarungen, die sehr zur Förderung des Friedens im Verbands beitragen. Konflikte würden viel leichter beigelegt, größere Streiks seien fast gar nicht zu befürchten. Auch die Preise würden durch Tarifseineswegs erhöht.

Wenn Herr Brandes Buchdruckereibesitzer wäre, würde er als erster den Tarif einführen. (Lachen.) (Lachen.)

Stadtr. Brüggenmann schimpft weiter auf Landsberg, auf das Einigungsamt, auf die Führer der Arbeiter usw. Auch mit den Buchdruckern müsse mal reiner Tisch gemacht werden.

Bürgermeister Fischer will nicht so weit gehen wie der Redner. Lohnvereinbarungen könnten nicht über einen Stamm geschlossen werden. Wo z. B. ein Tarif eine so gesunde Basis habe wie bei den Buchdruckern, so könne man derartigen Verträgen gut zustimmen. Beim Tarif der Steinseher seien aber die Meinungen noch geteilt; wenn aber festgestellt werde, daß die Vereinbarungen Meistern und Gesellen zur Zufriedenheit gereichten, so könne man in eine nähere Erörterung der Sache treten.

Stadtr. Brandes: Die Schmarzmaherrede des Herrn Brüggenmann werde dazu beitragen, die bisher noch unorganisierten Steinseher schnell dem Verbands zuzuführen. Die Handlungsweise des Obermeisters Adentzin, der selbst den Tarif unterdrücke, habe und nun Herrn Hoffmann Material gegen den Tarif verschaffe, sei einfach unerhört. Lehnen Sie derartige Gesuche ab, so zeigen Sie doch geradezu die Arbeiter dazu, anstatt zu friedlichen Verhandlungen zur schärfsten Waffe, zum Streik, zu greifen! Redner protestiert energisch gegen die Unterstellungen Hoffmanns, daran erinnernd, daß doch Arbeiter wegen lächerlich geringer Vergelgen zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt würden. (Dreslau usw.) Herr Hoffmann werde nicht imstande sein, auch nur einen Fall als Beweis für seine unerhörte Verdächtigung anzuführen.

Stadtr. Stern bekennt sich auch als unbedingter Anhänger der wirtschaftlichen Freiheit. Aber diese unterbinde man doch nicht durch Verträge, wie Herr Brandes meinte.

Die Stadtr. Bape, Odenmar, Völkchen, Göhke etc. stellen einen Schlußantrag, den Haupt bekämpft, jedoch angenommen wird. Der Antrag, das Gesuch des Magistrats zur Prüfung und Rückäußerung zu überweisen, wird hierauf mit großer Mehrheit angenommen.

Stadtr. Hoffmann berichtet hierauf über das Gesuch des Vorstandes des Wirtschaftlichen Schutzverbandes Magdeburg, auf die

Richtzugehörigkeit der städtischen Beamten zu Konsumvereinen hinzuwirken, bzw. den neuangehenden die Richtzugehörigkeit bei Konsumvereinen zur Bedingung zu machen. Der Wirtschaftliche Schutzverband beschwerte sich darüber, daß Beamte dem Verein angehören und somit das Kleingewerbe sehr schädigen. Wichtig sei allerdings, daß eine Steuerfreiheit des Vereins nicht bestehe, im Gegenteil, derselbe zahle so viel Steuer wie viele Kleingewerbetreibende zusammen. Der Konsumverein reihe ferner in dem Maße, gute Gehälter zu zahlen, und so komme auch das der Stadt zugute. Der Konsumverein reihe ferner etwa 240 Beamte als Mitglieder, obwohl dem Magistrat und den Behörden davon nichts bekannt sei. Das Gesuch des Wirtschaftlichen Schutzverbandes, nach dem Rat der Dresdens — in Sachen sei ja alles möglich — vorzugehen, müsse man natürlich ablehnen. Der Beamte sei doch kein Mitglied zweiter Klasse! Das sei eine Freizeitsberaubung, die durchaus unberechtigt sei. Redner tritt für Ablehnung des Gesuchs ein.

Stadtr. Stern: Da es in Magdeburg überall gute und preiswerte Waren gebe, so schädige der Konsumverein tatsächlich den Mittelstand. Redner wendet sich scharf gegen den Wirtschaftlichen Schutzverband, der verlange, daß die Beamten deshalb, weil sie aus Mitteln der Stadt erhalten würden, dem Konsumverein fernbleiben. Ein Verbot, wie es verlangt werde, sei ein unzulässiger Eingriff in die persönliche Freiheit und deshalb unmöglich. Die Eingabe werde aber den Magistrat wiederum aufmerksam machen auf die schwere Schädigung des Mittelstandes durch die Konsumvereine, ihn veranlassen, diese Vereine in seiner Weise, etwa durch Vergabe billiger Vorräte, zu unterstützen und auf die Beamten in geeigneter Weise dahin einzuwirken, daß sie sich von der Leitung von Konsumvereinen und möglichst von solchen überhaupt fernhalten.

Stadtr. Klinghardt stimmt dem Redner zu. Das Gesuch des Wirtschaftlichen Schutzverbandes sei völlig unangemessen. Er konnte sich sagen, daß ein Verbot überhaupt unmöglich sei, da eine Kontrolle unmöglich sei. Auch sei es nicht Aufgabe des Magistrats, den Beamten vorzuschreiben, wo sie ihre leitlichen und geistigen Bedürfnisse befriedigen dürften. Außerdem sei der Demagogie Lär und Lör gestiftet. Stadtr. Landsberg bezeichnet das Gesuch als eine starke Empfehlung. Die Herren vom Wirtschaftlichen Schutzverband nehmen das Recht der wirtschaftlichen Assoziation für sich in Anspruch, indem sie einen Verband gründen, sprechen aber andern das Recht davon ab. Die Herren aber müßten ferner dem Magistrat einen Akt des schärfsten Terrorismus zu, den sie sonst nicht genug verurteilen können. Der Magistrat habe nicht das geringste Recht dazu. Der Wirtschaftliche Schutzverband wolle das Verbot lediglich des nachdenklichen wegen. Wenn dieser Verband aber sagt, der städtische Beamte sollte es unter seiner Würde halten, mit Arbeitern zusammen im Konsumverein zu sein, so geht man darüber am besten zur Tagesordnung über. Unfre Beamten und Arbeiter sind ja um in die besten so ehrenhaft wie die Herren vom Wirtschaftlichen Schutzverband. Weil das Gesuch unrichtig, ungerecht und in seinen Folgen einfach unerhört ist, so muß es unter den Tisch fallen! (Weißl.) Stadtr. Schneider tritt für das Gesuch ein, gibt aber zu, daß es zu weit gehe, wenn es das Verbot fordere. Man solle es als Bitte ausprechen, daß die Beamten den Mittelstand unterstützen. Bürgermeister Fischer: Von einem Verbot könne ja gar keine Rede sein. Wir wählen ja z. B. Militärärzte anstellen und denen dürfen wir doch gar keine Vorschriften machen. Ueberhaupt ist die Förderung des Wirtschaftlichen Schutzverbandes ein Eingriff in die persönliche Freiheit des Einzelnen, die man nicht dulden dürfe. Auch dem Wunsche, die Beamten zu bitten, nicht dem Konsumverein beizutreten, könne der Magistrat nicht nachkommen, da das eine schwächliche und somit des Magistrats unwürdige Haltung sei, zu der er sich nicht hergeben dürfe. Wenn die Stadtverordneten das täten, sei das etwas anderes.

Stadtr. Haupt weist ausführlich nach, daß von einer Schädigung durch den Konsumverein keine Rede sein könne. Schließlich verbiete man sogar die Großindustrie. Ueberhaupt solle man erst einmal die Herren vom Wirtschaftlichen Schutzverband, die vor den Warenhäusern Posten stehen, die feststellen, wer alles in Warenhäusern kauft, auf das ungesetzmäßige ihrer Handlungsweise aufmerksam machen. Und weshalb will man denn nicht auch die übrigen Konsumvereine (Wohnbau etc.) kontrollieren? Man behandelt zudem den Konsumverein deshalb ungerecht, weil man ihn zwingt, seine Mitglieder (Wohnbau) zu versteuern, während man dem Rabat-Sparverein das nicht zumute. Aber wenn Herr Schneider sagt, einen Mittelstand unter Leitung des Konsumvereins wolle er nicht, so kennzeichnet das seine ganze Mittelstandsneugier. Man mache sogar noch Unterschiede: Einen national liberalen Mittelstand wolle man anscheinend erhalten, während ein ev. sozialistischer zum Teufel gehen könne. Es ist gut, daß das mal so offen ausgesprochen werde.

Zu der Abstimmung wird hierauf der Antrag, das Gesuch des Wirtschaftlichen Schutzverbandes abzulehnen, fast einstimmig angenommen. (Bravo!) Schluß gegen 8 Uhr.

Provinz und Umgegend.

Obernstedt, 19. Februar. (Versammlung.) Am Sonnabend den 20. Februar, abends 8 Uhr, findet im Schinkenschen Lokal eine große öffentliche Volksversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Dr. A. Siedelum-Berlin über „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ referieren wird. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit gerade dieses Themas ist wohl ein zahlreiches Erscheinen der Einwohner Obernstedts zu erwarten.

Das Schmiedeberg, 18. Februar. (Der Turm der Stadtkirche durch Feuer zerstört.) Gestern abends 7 1/2 Uhr brach in der Schmiedeberg ein Feuer aus, das sehr schnell um sich griff. Um Mitternacht war die größte Gefahr befreit, doch konnte es nicht verhindert werden, daß das Innere der Kirche ausbrannte und die Front des Rathauses ziemlich beschädigt wurde. Von Halle traf mit Entgegenkommen eine Abteilung der städtischen Feuerwehr mit Dampftraktoren ein und beteiligte sich an den Löscharbeiten. Der Turm der Stadtkirche ist vollständig vernichtet, diese selbst stark beschädigt; die Glocken waren während des Brandes heruntergefallen.

Warg, 18. Februar. (Zur Sozialfrage.) Wir möchten die Arbeiter und Parteigenossen daran erinnern, daß uns bis jetzt außer dem „Hohenzollern-Parti“ und „Warg-Sozialdemokratie“ kein größeres Lokal zur Verfügung steht, in welchem wir Versammlungen abhalten können. Die Arbeiterpartei möge dies berücksichtigen. Das Gewerkschaftsamt.

Warg, 15. Februar. (Stadtverordnetenversammlung.) Auf Antrag des Magistrats werden aus den Bestimmungen der Verwaltungsordnung für städtische Beamte die § 3 und 4 gestrichen, welche bestimmen, daß für das Anwärteralter der städtischen Beamten in eine höhere Gehaltsklasse ein Alter von 30 Jahren Vorbedingung ist. Die Anträge des Magistrats, daß dem Rohrmeister Hahn freie Wohnung und Heizung gewährt und ein dem Maschinenführer Windisch geleisteter Vorkauf niedergelegt werde, werden auf Antrag des Herrn P. Feldheim in geheimer (!) Sitzung erledigt.

Es folgen Fluchtlintensehungen. Für die Verlängerung der Wasserstraße nördlich der Berlinerstraße bis zum Festenberg ist eine Breite von 15 Metern und Vorgärten von 3 Meter Breite vorgezogen, ebenso eine Breite von 17 Meter für die Oberstraße von der Herberge zur Heimat bis zur Kleinen Mittelstraße. Der Raiterling, der nach seiner Verlängerung bis zur Schützenstraße die Schartauerstraße entlasten soll, soll eine Breite von 15 Meter bekommen. Um die schmale Gasse am östlichen Ende des Raiterling bequemer zu gestalten, soll die Magdeburgerstraße von der Magdeburger Privatbank bis zum Menschengasse um 5 Meter verbreitert und die Fluchtlinie des Raiterling ebenfalls 5 Meter in das Menschengasse Haus gelegt werden. Die Berlinerstraße erhält auch eine Breite von 15 Meter in Flucht von der Willa Brandt und Werdersches Haus.

Die Einnahmen und Ausgaben der Gasabteilung schließen ab mit 167 500 Mark; an die Kammereikasse soll ein Ueberchuß von 36 000 Mark gezahlt werden. Für die Verlängerung der Einfriedigungsmauer der Gasanstalt werden 4100 Mark bewilligt. Das städtische Gasgeschäft hat im Etatsjahr einen Reingewinn von 1457 Mark erzielt. Wasserzins hat die Gasanstalt 1603,50 Mark zu zahlen. Der Etat der Schachthofkassette schließt ab mit 52 800 Mark. 8 Prozent Zinsen des ursprünglichen Anlagekapitals von 340 360 Mark sollen halbjährlich nachträglich an die Kammereikasse abgeführt werden. Die Fortschritte hat an die Kammereikasse den Betrag von 29 000 Mark abzuführen; für den Anbau an das Fortshaus im Bürgerholz sind 5100 Mark eingestellt. Einnahme und Ausgabe sind veranschlagt mit 54 400 Mark.

Beim Etat der Volksschulen spricht Herr Hilpert, Vertreter der dritten Abteilung seine „Wermunderung“ darüber aus, daß ein staatlich angestellter Lehrer an der Spitze der Lehrerbewegung stehe. (Soll das vielleicht eine Anzeige sein? D. W.) Einnahmen und Ausgaben balancieren mit 127 850 Mark. Die Kammereikasse hat einen Zufluß von 98 250 Mark zu leisten; 1850 Mark mehr als im Vorjahre. Der Etat der Bürgerschule leistet einen Zufluß von 48 850 Mark; die Kammereikasse leistet einen Zufluß von 2400 Mark, 2400 Mark mehr als im Vorjahre. Die Gymnasialvorschuße erhält einen Zufluß von 520 Mark; Einnahmen und Ausgaben betragen 4960 Mark.

In der höheren Mädchenschule werden die Einnahmen aus dem Schulgeld immer geringer; im neuen Etatsjahr wieder um 1620 Mark. Der Zufluß aus der Kammereikasse beträgt 18 200 Mark; 1900 Mark mehr als im Vorjahre. — Für die gesamten Volksschulen ein Mehr an Zufluß von 1850 Mark, für die Schule der Töchter der reichen Leute allein ein Mehr von 1900 Mark. Da taubert sich mander arme Steuerzahler, wo das Geld bleibt. Ganz erklärlich.

Der Etat der Jakob-Stiftungskasse balanciert mit 4800 Mark. Gommern, 18. Februar. (Versammlung.) Der hiesige Zweigverein des Verbandes der Raurer hielt am Sonnabend den 13. d. M. eine gut besuchte Vereinsversammlung ab. Genosse Weims-Ragdeburg hielt einen Vortrag über Invaliditäts- und Altersversicherung. Hierauf wurde die Quartalsabrechnung vom Rollen-

Der Hausbesitzer Schäfer klagt gegen den Kaufmann Kaufmann auf Zahlung eines Restlohnens von 30 Mark, das ihm vom Beklagten in Form einer wöchentlichen Gratifikation von je 2 Mark ab 1. September 1903 versprochen worden ist.

Der Vater des Behrings Boersch klagt gegen den Maschinenfabrikanten Dost auf Aufhebung des Lehrvertrags. Da auch der Beklagte denselben Wunsch kundgibt, erkräftigt sich ein Beschluss.

Der Kontrolleur Kerstke klagt gegen das Magdeburger Straßen- und Säuberungs-Büreau auf Zahlung von 65,50 Mark Restlohn bzw. Gehalt für den Monat Februar wegen kündigungsgewisser Entlassung.

Der Hofmeister Wille verlangt von der Firma Kraatz einen Restlohn von 14,28 Mark für 4 Tage. Der Protokoll der Firma wendet ein, daß der Kläger nur vom 1. April ab engagiert war.

Die Mutter des unehelichen Behrings Wöhle verlangt vom Restaurateur Krasper die Fortsetzung des Lehrverhältnisses für ihren Sohn. Da der Beklagte nicht erschienen, wird er durch Verwaltnisurteil angehalten, das Lehrverhältnis aufrechtzuerhalten.

Der Monteur Funke klagt von der Firma Bwizner seinen Restlohn im Betrage von 119,04 Mark nicht erhalten, weil die Beklagte den Betrag für einen angeblich vom Kläger veranlassigten Schaden in Abzug gebracht hat.

Der Klempner Wetterling war bei Frau Treichel, Inhaberin einer Tischlerei, beschäftigt und verlangt von derselben 11,20 Mark Restlohn und 1,25 Mark für geleistetes Binn. Der Vertreter der Beklagten macht geltend, daß der Kläger nicht im Bohn, sondern im Afford beschäftigt war.

Der Tischler Haake klagt gegen den Tischlermeister Käthe auf Zahlung eines Restlohns von 10,50 Mark. Der Beklagte bestreitet die Forderung, da er den Kläger nicht beschäftigt habe.

Verbands-Kalender

- Verband Deutscher Schuhmacher, Bahnhofs-Kassab. Sonnabend den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Veramml. Schmidstr. 58.
Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metalarbeiter, Filiale Friedrichstadt, Sonnabend den 20. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Verammlung im Restaurant Fink, Turmstr. 10.

Briefkasten

D. W. hier. Hamburg ab 16. März 1904 neunmündige Arbeitszeit und 70 Pfg. Stundenlohn. In Berlin beschließen.
M. B. 10. Stuttgart. Schwindel.
M. B. 1. Ein direkter Schwung befehl. Lt. 2. Eine Anwendung von Geld bedarf es nicht.

Marktberichte

Magdeburg, 18. Februar. (Virtuelle Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Rils netto ab Station und frei Magdeburg.
Weizen englischer Sommer, schwach, gut 164-167, mittel 158-162, gering bis 135, do. Winter-Sommer, gut 168-172, mittel 158, gering 135, do. ausländischer gut 172-180, gering bis 128-131, mittel 125-127, gering bis 120, do. ausländischer, gut 150-165, mittel 142-148, gering 112-115, mittel 133-137, gering 107-110, ausländische Futtergerste, gut 112-115, 124, gering bis 115.
Mais runder, gut 113-116, amerikanischer bunter gut 116-118.
Erbsen, hiesige Victoria, gut 175-185, mittel 160-170, do. grüne Folger, gut 190-200, mittel 170-185.

Wasserstände

Table with columns for location (e.g., Harburg, Brandeis, Mittel), date (16. Febr., 17. Febr.), and water level changes (+0.88, +0.60, etc.).

Stendal, 18. Februar. (Die Schreiner im Schneidergewerbe.) Der Beschluss, den die Arbeitgeber im Schneidergewerbe in ihrer Versammlung fassen, lautet: Das bisherige Verhalten der Arbeitnehmer im Schneidergewerbe während der Lohnbewegung, und besonders der Verlauf der letzten Versammlung am 13. d. M. hat gezeigt, daß eine Einigung weder Teile nicht zu erlangen ist, und daß die Arbeitnehmer durch aus in einen Streit einzutreten wollen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der 18jährige Walter Hoffmann, der das Stendaler Gymnasium (Unterprima) besuchte, wurde im Sandgraben, an der Stelle, wo dieser in den Umflutgraben einmündet, ertrunken aufgefunden.

Militär-Justiz

Kriegsgericht der 7. Division. Sitzung vom 18. Februar 1904. Verhandlungsleiter: Kriegsgerichtsrat Dieß. Vertreter der Anklage: Kriegsgerichtsrat Kühne.
Fahnenflucht. Der aus Leipzig gebürtige Musikler Hugo Jacoby, 7. Komp. 28. Inf.-Reg., ein häufiger Gast auf der Anklagebank des Kriegsgerichts, hat einen unüberwindlichen Widerwillen gegen den militärischen Dienst.

Wegen Soldatenmishandlung in zwei Fällen und vorchriftswidriger Behandlung von Untergebenen ist der Unteroffizier August Bauer von der 2. Batt. 40. Art.-Regts. angeklagt. Es wird ihm zur Last gelegt, am 28. Januar zu Burg, nach Weendigung eines Appells, den Kanonier Gühner und Jürgens derartig mehrmals mit einem unvorsichtigen Zusammenstoßen des Gewehrs auf die Ohren geschlagen zu haben.

Wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe ist der Musikler Johann Lewandowski 3. Komp. 165. Inf.-Regts. aus Goslar angeklagt. Er, der im Kreise Thoren geboren, nahm Urlaub, um zum Begräbnis seiner Mutter zu fahren.

Schutz den Soldatenskindern!

Wegen Mißhandlung von Untergebenen in über 70 Fällen hatte sich der Leutnant Krause von der 11. Kompanie des Grenadier-Regiments „Kronprinz“ vor dem Kriegsgericht der 1. Division in Königsberg i. Pr. zu verantworten. Krause ist noch nicht 20 Jahre alt und seit Ende 1901 Offizier.

Karl Voigt zur Verlesung gebracht. Die Einnahme der Kassenkassens vom vierten Quartal 1903 betrug 2678,46 Mark, die Ausgabe 2317,25 Mark, der Kassenbestand betrug demnach 266,21 Mark.

Halberstadt, 19. Februar. (Stadtverordnetenberath.) Stadt. Lehmann referierte über eine Vorlage des Magistrats, wonach bei den Wagenführern der elektrischen Straßenbahn das Prämienystem eingeführt werden soll.

Stadt. Kupke spricht sich ganz entschieden gegen die Vorlage aus. Das Prämienystem ist das Verderblichste, was eine Verwaltung einführen kann. Es wird nur Haß und Meid damit unter den Beamten geschaffen.

Stadt. Kothke: Die Unfälle konnten mehr vermieden werden, wenn gute Wagenführer vorhanden gewesen wären. Diese Leute müssen gut bezahlt werden. Das monatliche Gehalt von 80 Mark ist entschieden zu niedrig und davon gehen noch Abzüge ab, so daß die Leute nur 65 Mark im Monat ausbezahlt bekommen.

Stadt. Gaiß: Es ist unbedingt notwendig, daß das Fahrpersonal gut bezahlt wird. Unbegreiflich ist es, wie man von den 80 Mark noch monatliche Abzüge von 15 Mark machen kann. Während man den Polizisten vor kurzem erst die Kleibergelder erhöht habe, würden hier Abzüge gemacht!

Stadt. Weidling schließt sich dem an und fügt hinzu, daß die Verwaltung Sorge zu tragen habe, daß Leben und Gesundheit des Publikums geschützt werde.

Halberstadt, 19. Februar. (Messeherbelen.) Am Mittwochabend fand auf der Waisenstraße eine arge Schlägerei statt, wobei der Arbeiter Fritz Bölliger den Arbeiter Blante mit dem Messer erdolchte.
(Arbeiterrisiko.) In der Holzwarenfabrik von Gebrüder Grimme im Lindenweg wurde dem Maschinenarbeiter Friedrich Staat beim Arbeiten an der Hobelmaschine der Daumen an der linken Hand halb abgerissen.

Sie sparen viel Geld!
 wenn Sie bei **Adolph Michaelis**
 Apfelstrasse 16, I laufen.
 In enorm billigen Preisen erhalten Sie
 Ueberzieher, Anzüge, Hosen, Konfirm.-Anzüge.
 Ferner 2225 goldene u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, Armbänder in großer Auswahl.
 Freischwinger. Auf jede Uhr Garantie.

Leihhaus
 gegründet 1881
Adolph Michaelis
 Apfelstrasse 16, I
 Fernsprecher 2322

Neue, vollständig diskrete Abfertigung.
 Sorgfältige Aufbewahrung.

Spottbillig!
 Gelegenheitskauf!
 Ein Posten Konfirmanden-Jackets
 Ein Posten fertiger Blusen
Adolph Michaelis
 Apfelstrasse 16, I

Wurst, Schinken u. Speck
 eigen Schlich. Feinst. Schweinefleisch zum billigen Tagespreis.
 Sonntag und Sonntag: Warme Knoblauchwürstl u. Fettefleisch empfiehlt
E. Glaser,
 Zimmermannstrasse 21.

Wahre Rostschlächterei
 befindet sich
 Sudenburg, Michaelstrasse 29.
K. Schütz, 2219
 Ein Schilling für elektrische Installation, am liebsten vom Lande, best. gemacht. In entgegen in der Gasse d. H.

Die Fleischhandlung Tafelberg 2 Hof rechts
 offeriert nur frische Schlachthofware, kein angelegtes Fleisch.
 Va. Rindfleisch, Rouladen Pfd. 75 Pf., Schmorbraten Pfd. 70 Pf.,
 Kochfleisch Pfd. 60 Pf., Schweinefleisch, Schinken, Rind u. Karbonade Pfd. 60 Pf., Roteil Pfd. 70 Pf., Rindfleisch Pfd. 50-60 Pf.,
 Schweinefleisch und Rindfleisch ohne Beilage von Wein- oder Kopfsalzen.
 Gedächtes Rindfleisch Pfd. 70 Pf., Bratwursthäufchen Pfd. 60 Pf.,
 Va. Schlachtwurst und Bratwursthäufchen Pfd. 1 M. 95 Pf.
Rein Laden! Fasslochsberg 2 Hof rechts.

Billige Fleisch-Offerte!
 Schweinefleisch Pfd. 60 Pf., Rindfleisch Pfd. 60 Pf.,
 Rind u. Karbonade Pfd. 65 Pf., Rindfleisch Pfd. 60 Pf.,
 Schinken Pfd. 65 Pf., Rindfleisch Pfd. 60 Pf.,
 Schmalz Pfd. 60 Pf., Rindfleisch Pfd. 65 Pf.,
 Blumen u. fr. Speck Pfd. 55 Pf., Rindfleisch Pfd. 65 Pf.,
 Va. Schlachtwurst und Bratwursthäufchen Pfd. 1 M. 95 Pf.
 Empfehle alle Fleisch- und Wurstwaren zu billigen Preisen.
Heinr. Nehring, Alte Neustadt, Weinbergstr. 20.

Genossen! Kauft Eure Schuhwaren bei Wilhelm Pramme, Gr.-Ottorsleben

An der Königsbrücke gegenüber dem „Hochsportpark“
 Nur noch bis inkl. Sonntag den 28. Februar.
Dompteur Charles' größte Wander-Menagerie der Welt.
 Sonntag 3 gr. Vorstellungen
 Anfang 4, 6 und 8 Uhr abends.
 Montag: Zwei große Volksvorstellungen.
 Anfang 5 und 8 Uhr abends.

Halbe Preise!
 1. Platz 60 Pf., 2. Platz 30 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren und Militär: 1. Platz 80 Pf., 2. Platz 15 Pf.
 Sonntag den 28. Februar: Letzter Tag.

Burg. Carl Jesse's Restaurant.
 2361
 Sonntag, Sonntag und folgende Tage
Grosser Bockbier-Rummel
 in den feinsten belichteten Räumen bei elektrischer Beleuchtung.
 ff. Bock- und Knoblauchwürstl.
 Es ladet freundlichst ein **Carl Jesse.**

Halberstadt. Odeum. Halberstadt.
Gesangverein „Sängerbund“.
 Sonntag den 21. d. M., abends 7 1/2 Uhr
Grosser Narrenabend
 bestehend in **Konzert, Gesang und Aufführungen.**
 Wir können unsern Mitgliedern nebst ihren Angehörigen einen recht gemessenen Abend versprechen.
 Es ladet ganz ergebenst ein **Der Vorstand.**

Gewerkschaftskartell Burg. Hohenzollernpark.
 Sonntag den 20. Februar 1904, abends 8 1/2 Uhr
Grosser humoristischer Abend
 unter gütiger Mitwirkung der jetzt hier sehr beliebt gewordenen Volkssänger-Gesellschaft Strzelowicz.
 Nachdem: **Tanzkränzchen.**
 Programme à 25 Pf. sind in den bekannten Verkaufsstellen sowie auch im „Hohenzollernpark“ und bei sämtlichen Delegierten zu haben.
 Seelöffnung 6 1/2 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein **Das Gewerkschaftskartell.**

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarb.
 E. M. No. 20, Hamburg
Filiale Sudenburg.
Versammlung
 Sonntag den 21. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr
 in der „Zerbster Bierhalle“, Schöningerstr. 28.
 Tagesordnung:
 1. Aufstellung der Kandidaten.
 2. Aufstellung der Kandidaten.
 3. Bericht des Vorstands.
 Die Verwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter
 Zweigverein Magdeburg.
 Sonntag den 21. Februar, vorm. 10 1/2 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 26/27
Gr. öffentl. Zähler- und Brauereiarbeiter-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über „Arbeiter-Organisationen und Unternehmer-Verbände, und welche Lehren ziehen wir daraus?“ Referent: Verbandsvorsitzender G. Bauer, Hannover.
 2. Freie Diskussion.
 Es liegt im Interesse aller der in Magdeburg und Umgegend in Malzereien und Brauereien beschäftigten Personen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Bundesmitglieder werden speziell dazu eingeladen. Der Brauer und Bundesvorsitzende Herr Schmidt von der (Bundeshochburg) Brauerei Wallbaum ist zu dieser Versammlung brieflich eingeladen.
Der Einberufer.

Öffentliche Sattler-Versammlung
 am Sonnabend, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr
 in der „Bürgerhalle“, Tischlerstrasse 28.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Busch-Leipzig.
 2. Wollen wir in eine Lohnbewegung eintreten?
 3. Berichtendes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Einberufer.**

3000 Kanarienhähne und Weibchen
 kaufe ich zu dem großen Transport nach Amerika für die Weltfirma Franz Vahle, gute und gewöhnliche Vögel (auch Stämm Seifert). Jede für Hähne v. 3.50 bis 6 M. Auf Wunsch komme ins Haus.
F. H. Oehlert, Vertreter
 Magdeburg-A. N., Endestraße 1.

Sudenburg. Landkorbhase und Bauernkäse
 Hochfeine, pikante, große Landkorbhase sind 20 Pf. Dillate, bestellte, große Bauernkäse sind 5 Pf.
 Täglich frische Soleier 3 St. 25 Pf.
Hamburg. Schwarzbrot
 das Stück 30 Pf.
 5% Rabattsparmarken 5%
Butterhandlg. „Edelweiss“
 Inh. J. Lehmann
 40 Halberstädterstr. 40.
 Fernsprecher 2331.

Halberstadt. Rostschlächtere
Ernst Schatz, Bakenstr. 21
 empfiehlt jeden Sonnabend schöne frische Ware zum Kochen u. Schmoren sowie alle Sorten Wurst und warme Würstchen.
 2220

Konditorei K. Schliestedt
 Magdeburg-Sudenburg
 Halberstädterstrasse 109
 empfiehlt täglich frisches Kaffee- und Teegebäck sowie Schokoladen, Konfitüren und Soufflés zu Fabrikpreisen.
 von 1/2 Pfd. 8 Pf. an
 1/2 Pfd. 15 Pf. an

Wer bei Kaphengst kauft, spart Geld!
 Spezialität: **Bettfedern und Daunen**
Otto Kaphengst
 Sudenburg 2082
 Halb erbkäferstrasse 106a

Stadt-Theater.
 Freitag den 20. Februar 1904:
Wie die Alten singen.
 Aufspiel in 4 Aufzügen v. Riemann
 Vorher:
Madame Dutille.
 Aufspiel in 1 Aufzug v. Malovsky
 Sudenburg, 18. Februar.
 Heirat: Fleischer Albert Kaufmann mit Hermine Faust.
 Aufgebot: Sattler August Franz Schulze mit Maria Anna Wille.
 Geburten: Rudolf Erich, S. unehelich, Willi, S. des Arbeiters Johann Wamerel Kurt, S. des Arbeiters Matthias Schumde, Arthur, S. des Schlossers Heinrich Bernid.

Wulfen, 17. Februar.
 Geburt: Artur, S. des Arb. Wilhelm Walle.
 Vom 18. Februar.
 Aufgebot: Arbeiter Paul Bey in Fernerleben mit Luise Mede.
 Geburten: Georg, S. des Arbeiters Alb. Weinmeister, Martha, T. des Fabrikalters Karl Böhm, Ernst, S. des Drebers Max Roggemann, Emma, T. des Arbeiters Franz Trothe.
 Todesfälle: Maurer Friedrich Bodenied, 62 J. 28 T. Witwe Luise Duooß geb. Krull, 65 J. 5 M. 15 T.
 Neustadt, 18. Februar.
 Aufgebot: Fabrikarbeiter Otto Wundel mit Dorothee Marie Friederike Nechtweg. Herrkleidermacher Emil Heinrich Schrandt mit Hedwig Clara Friedrich.
 Heirat: Arbeiter Gustav Pechstedt mit Emma Michaelis. Arbeiter Friedrich Dorendorf mit Ida Sauff.
 Geburten: Bernhard, S. des Bahnarbeiters Otto Schalk, Kurt Heinrich Karl, S. unehelich, Volte, T. des Malermeisters Alfred Wunge, Hermann, S. des Straßenbahn-Schaffners Hermann Göhr.
 Todesfälle: Willi, S. des Schuhmachers Gottl. Großhe, 17 T. Arbeiterleben.
 Aufgebot: Landwirt Louis Feghtmann mit Luise Wolff. Schneider Christian Sieber mit Katharina Ebert. Schmied Louis Gempel in Staffurt mit Witwe Minna Steffens geb. Schmidt.
 Geburten: S. des Arbeiters Karl Müller, S. des Arbeiters Otto Mehne.
 Todesfälle: Friedrich, S. des Arbeiters Otto Droschn, 1 M. Burg, 17. Februar.
 Geburten: S. des Weibgerb. Wilhelm Würl, T. des Fabrikarbeiters Emil Nieselod.
 Todesfälle: Witwe des Fleischer Albert Biberich, Marie geb. Reinhardt, 39 J.

Quedlinburg. Todesanzeige.
 Am Dienstag den 16. d. Mts., früh 8 Uhr, endete durch Verschlitten in der Longrube der Tod das raslos 48tägige Leben meines lieben Mannes, unfres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Hüttenarbeiters **Karl Tugendheim**
 im vollendeten 54. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten
 Die trauernde Witwe nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Sonntag vormittags 11 Uhr vom Trauerhause, Blasikirchhof 28, aus statt.

Halberstadt. Aufgebot: Fortschugam.
 Friedrich Radeke mit Emma Hartmann. Prokurist Robert Otto hier mit Martha Voeren in Düsseldorf. Kaufmann Ado Curtz in Karlsruhe. Kaufmann August in Passau-Alfstadt. Arbeiter Otto Rogge mit Martha Schmidt. Postassistent Ernst Gottfried Bedrecht Müller in Wersleben mit Minna Anna Franziska Schreiber hier. Schachtarbeiter Friedr. Louis Herrmann mit Marie Minna Gildner in Burgliebenau. Schlosser Hermann Julius Karl Hippold mit Marie Anna Dege in Halle a. S. Uhrmacher Wilhelm Ganuth hier mit Martha Schüller zu Wernigerode. Schlosser Wilhelm Paul Jensen hier mit Clara Theresie Besche in Schönebeck. Schlosser Friedrich Karl Otto Belger zu Halle a. S. mit Johanne Emma Winkelmann in Osnabrück. Regierungsbaumeister Albert Schiele in Stuttgart mit Johanne Lucas hier.
 Heirat: Arbeiter Wilhelm Schubert mit Marie Hguda. Weberfarber August Wenzel mit Marie Müller. Fleischer Adolf Koch mit Franziska Hedrich. Landwirt Hermann Elzner mit Minna Händel geb. Ahrens.
 Geburten: T. des Eisenbahn-Bureau-Assistenten Adolf Humpke. T. des Schneidermeisters Hermann Robert. S. des Juid. Otto Weinber. S. des Telegraphenarbeiters Eduard Gohmann. S. des Arbeiters Karl Hoppe. T. des Malers Otto Trellert. T. des Bedersarb. Alfred Siefert. T. des Lithographen Emil Rindermann. S. des Malers Wilhelm Schmidtke. T. des Buchh. Hans Meyland. S. unehel. S. des Buchdruckers Wilhelm Franzewitz. S. des Stellmachers Franz Berger. T. unehel. T. des Ziegeleiarbeiters Karl Franzewitz. S. des Malers Paul Ohlemann. S. unehel. Todesfälle: Ehefrau des Arb. Hieronymus Knappe, Theophil geb. Jurbit, 47 J. 7 M. 6 T. Paul, S. des Telegraphenarbeiters Eduard Gohmann, 1 T. Böttzergeselle Eduard Molner, 58 J. 1 M. 10 T. Friz, S. des Arb. Friedr. Wötter, 7 T. Gärtner Wilhelm Wernig, 43 J. 10 M. 6 T.

Magdeburg, 18. Februar.
 Aufgebot: Feuerzögl.-Assist. Otto Meyer mit Charlotte Schartz. Tischler Walter Archimowits mit Margarete Witow. Buchhalter Otto Geuer mit Martha Deuter. Leutnant im Infanterie-Regt. Nr. 4 Alfred Friz, von Rupperecht mit Elisabeth Bödelmann. Schiffer Friedr. Ludw. Plage mit Auguste Marie Behrende in Werben. Buchdruckerbesitzer Paul Hermann Sittte mit Adeline Gueline Margarete Köhler in Leipzig. Arbeiter Heinrich Theodor Keller in Halle a. S. mit Minna Berta Sinner in Beseen. Schornsteinfegermeister Richard Heinrich August Wolf in Freienwalde mit Clara Anna Berta Eichholz in Hettlingen. Kaufmann Karl Wilhelm Albert Busse hier mit Marianne Theresie Balli Gertrud Bamberg in Neuhaldensleben. Feuer-versicherungs-Beamter Dr. Karl Friedrich Wilhelm Leichmann hier mit Anna Pauline Charlotte Theodor Stahl in Albersloh. Mechaniker Friedrich Röhme in Cracau mit Anna Ulrich hier. Eisenbahn-Stat.-Diät. Clem. Schwarz in Eggersdorf mit Frieda Müller hier. Papierhändler Georg Sturm mit Ehe Winkler. Kanjlele. Erich Ritter mit Martha Wimes.
 Heirat: Arbeiter Ernst Sonntag mit Margarete Steinböron. Ziegeleiarbeiter Karl Gasse mit Martha Harber. Lohndiener Karl Reinemann mit Emma Hermede geb. Wiegert. Müller Hermannmann mit Amanda Fuchs. Steinbruder Hans Baumgarten mit Selma Wegel. Schneider Mart. Wiffelst mit Minna Deutler.
 Geburten: Gertrud, T. des Stellm. Alwin Magdons. Gustav S. des Eisenbrechers Gustav Langstich. Wilhelm, S. des Ruffhüfers Karl Nagel.
 Todesfälle: Elise Tornad, unehel., 28 J. 11 M. 16 T. Albert Schelle, Handelsmann, 48 J. 6 M. 10 T. Robert Stahlmann, Handelsmann, 56 J. 11 M. 27 T. Erich, unehel., 28 T. Minna geb. Weder, Wwe. des Barbierherrn Aug. Pfahr, 67 J. 3 M. 29 T. Friedr. Schroeder, Eisen.-Arb., 51 J. 4 M. 3 T. Wilhelm Stolz, Privatmann, 74 J. 9 M. 7 T. Margarete, T. des verft. Schloff. Ernst Wante, 1 J. 5 M. 4 T.
 Sudenburg, 18. Februar.
 Heirat: Fleischer Albert Kaufmann mit Hermine Faust.
 Aufgebot: Sattler August Franz Schulze mit Maria Anna Wille.
 Geburten: Rudolf Erich, S. unehelich, Willi, S. des Arbeiters Johann Wamerel Kurt, S. des Arbeiters Matthias Schumde, Arthur, S. des Schlossers Heinrich Bernid.

Magdeburg, 18. Februar.
 Aufgebot: Arbeiter Paul Bey in Fernerleben mit Luise Mede. Geburten: Georg, S. des Arbeiters Alb. Weinmeister, Martha, T. des Fabrikalters Karl Böhm, Ernst, S. des Drebers Max Roggemann, Emma, T. des Arbeiters Franz Trothe.
 Todesfälle: Maurer Friedrich Bodenied, 62 J. 28 T. Witwe Luise Duooß geb. Krull, 65 J. 5 M. 15 T.
 Neustadt, 18. Februar.
 Aufgebot: Fabrikarbeiter Otto Wundel mit Dorothee Marie Friederike Nechtweg. Herrkleidermacher Emil Heinrich Schrandt mit Hedwig Clara Friedrich.
 Heirat: Arbeiter Gustav Pechstedt mit Emma Michaelis. Arbeiter Friedrich Dorendorf mit Ida Sauff.
 Geburten: Bernhard, S. des Bahnarbeiters Otto Schalk, Kurt Heinrich Karl, S. unehelich, Volte, T. des Malermeisters Alfred Wunge, Hermann, S. des Straßenbahn-Schaffners Hermann Göhr.
 Todesfälle: Willi, S. des Schuhmachers Gottl. Großhe, 17 T. Arbeiterleben.
 Aufgebot: Landwirt Louis Feghtmann mit Luise Wolff. Schneider Christian Sieber mit Katharina Ebert. Schmied Louis Gempel in Staffurt mit Witwe Minna Steffens geb. Schmidt.
 Geburten: S. des Arbeiters Karl Müller, S. des Arbeiters Otto Mehne.
 Todesfälle: Friedrich, S. des Arbeiters Otto Droschn, 1 M. Burg, 17. Februar.
 Geburten: S. des Weibgerb. Wilhelm Würl, T. des Fabrikarbeiters Emil Nieselod.
 Todesfälle: Witwe des Fleischer Albert Biberich, Marie geb. Reinhardt, 39 J.

Magdeburg, 18. Februar.
 Aufgebot: Arbeiter Paul Bey in Fernerleben mit Luise Mede. Geburten: Georg, S. des Arbeiters Alb. Weinmeister, Martha, T. des Fabrikalters Karl Böhm, Ernst, S. des Drebers Max Roggemann, Emma, T. des Arbeiters Franz Trothe.
 Todesfälle: Maurer Friedrich Bodenied, 62 J. 28 T. Witwe Luise Duooß geb. Krull, 65 J. 5 M. 15 T.
 Neustadt, 18. Februar.
 Aufgebot: Fabrikarbeiter Otto Wundel mit Dorothee Marie Friederike Nechtweg. Herrkleidermacher Emil Heinrich Schrandt mit Hedwig Clara Friedrich.
 Heirat: Arbeiter Gustav Pechstedt mit Emma Michaelis. Arbeiter Friedrich Dorendorf mit Ida Sauff.
 Geburten: Bernhard, S. des Bahnarbeiters Otto Schalk, Kurt Heinrich Karl, S. unehelich, Volte, T. des Malermeisters Alfred Wunge, Hermann, S. des Straßenbahn-Schaffners Hermann Göhr.
 Todesfälle: Willi, S. des Schuhmachers Gottl. Großhe, 17 T. Arbeiterleben.
 Aufgebot: Landwirt Louis Feghtmann mit Luise Wolff. Schneider Christian Sieber mit Katharina Ebert. Schmied Louis Gempel in Staffurt mit Witwe Minna Steffens geb. Schmidt.
 Geburten: S. des Arbeiters Karl Müller, S. des Arbeiters Otto Mehne.
 Todesfälle: Friedrich, S. des Arbeiters Otto Droschn, 1 M. Burg, 17. Februar.
 Geburten: S. des Weibgerb. Wilhelm Würl, T. des Fabrikarbeiters Emil Nieselod.
 Todesfälle: Witwe des Fleischer Albert Biberich, Marie geb. Reinhardt, 39 J.

Magdeburg, 18. Februar.
 Aufgebot: Arbeiter Paul Bey in Fernerleben mit Luise Mede. Geburten: Georg, S. des Arbeiters Alb. Weinmeister, Martha, T. des Fabrikalters Karl Böhm, Ernst, S. des Drebers Max Roggemann, Emma, T. des Arbeiters Franz Trothe.
 Todesfälle: Maurer Friedrich Bodenied, 62 J. 28 T. Witwe Luise Duooß geb. Krull, 65 J. 5 M. 15 T.
 Neustadt, 18. Februar.
 Aufgebot: Fabrikarbeiter Otto Wundel mit Dorothee Marie Friederike Nechtweg. Herrkleidermacher Emil Heinrich Schrandt mit Hedwig Clara Friedrich.
 Heirat: Arbeiter Gustav Pechstedt mit Emma Michaelis. Arbeiter Friedrich Dorendorf mit Ida Sauff.
 Geburten: Bernhard, S. des Bahnarbeiters Otto Schalk, Kurt Heinrich Karl, S. unehelich, Volte, T. des Malermeisters Alfred Wunge, Hermann, S. des Straßenbahn-Schaffners Hermann Göhr.
 Todesfälle: Willi, S. des Schuhmachers Gottl. Großhe, 17 T. Arbeiterleben.
 Aufgebot: Landwirt Louis Feghtmann mit Luise Wolff. Schneider Christian Sieber mit Katharina Ebert. Schmied Louis Gempel in Staffurt mit Witwe Minna Steffens geb. Schmidt.
 Geburten: S. des Arbeiters Karl Müller, S. des Arbeiters Otto Mehne.
 Todesfälle: Friedrich, S. des Arbeiters Otto Droschn, 1 M. Burg, 17. Februar.
 Geburten: S. des Weibgerb. Wilhelm Würl, T. des Fabrikarbeiters Emil Nieselod.
 Todesfälle: Witwe des Fleischer Albert Biberich, Marie geb. Reinhardt, 39 J.

Letzte Nachrichten.

Ob. Madrid, 19. Februar. Der Kriegsminister beantragte in der Kammer außerordentliche Kredite zur eventuellen Mobilisierung der Armee und Verstärkung der Festungsanlagen. Er erklärte, Spanien müsse, wenn auch der russisch-japanische Konflikt an sich Spanien unberührt lasse, doch alle Eventualitäten ins Auge fassen, um seine Neutralität zu sichern.

Konstantinopel, 19. Februar. Das im Bosporus liegende englische Kriegsschiff „Garret“ arbeitet nachts unablässig mit Scheinwerfern, um ein etwaiges Auslaufen der russischen Schwarzmeer-Flotte sofort den bei Demnos liegenden englischen Wachtschiffen signalisieren zu können.

Ob. Port Arthur, 19. Februar. (Eig. Draht.) Zwei neue Torpedobootjäger sind hier von Stapel gelassen. Die seit Beginn der Feindseligkeiten hier eingetroffenen Dampfer der neutralen Mächte müssen von Truppen entladen werden, da Arbeiter nicht zu haben sind. — 24 kleine Dampfer sind gescharrt, um die auf der Reede liegenden Kriegsschiffe mit Kohlen zu versehen, damit diese nicht jedesmal in den Hafen zurückkehren müssen.

Aus der Parteibewegung.

Genosse Schippel schreibt dem „Vorwärts“:

„Dem Genossen Kühle gegenüber kann ich nur bemerken, daß ich bis in die letzten Tage hinein von ihm niemals ein Wort des Bedenkens oder Widerspruchs oder gar der Entrüstung zu hören bekommen habe. Sonst würde ich sofort Gelegenheit genommen haben, etwaige irrige Auffassungen richtig zu stellen.“

Uns ist nur nicht recht begreiflich, weshalb Schippel nicht wenigstens jetzt die Gelegenheit wahrnimmt, „irrige Auffassungen“ richtig zu stellen.

Gewerkschaftsbewegung.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Die Schneider in Stendal sollen ausgeperrt werden. Heute, Freitag, soll ihnen von den Schafmachern der samoje Arbeitsvertrag zur Unterschrift vorgelegt werden. Wer nicht unterschreibt, soll dauernd von jeglicher Arbeit am Orte (!) ausgeschlossen werden! (Wo ist da der Staatsanwalt?) — In Frankfurt a. M. beschloßen sie, mit dem Arbeitgeberverband zweiseitige Schaffung eines Tarifs zu verhandeln. — Die Arbeiter in Hannover sind in die Wohnbewegung eingetreten. Sie fordern neunständige Arbeitszeit, 50 Pfennig Stundenlohn etc. Die Meister begründen ihre ablehnende Haltung mit dem — Krieg in Ostasien! (Seit Ausbruch desselben seien die Rohmaterialien teurer geworden!) — Die Maurer und Zimmerer in Segeberg verhandeln bereits mit den Meistern, jedoch erfolglos. Letztere wollen den Stundenlohn von 40 auf 35 Pfennig herabsetzen! — In Wittichenberge ist der Streik (54 Mann) beendet. In Warby jedoch dauert die Aussperrung an. Der Bürgermeister Boye verlangt mit den Meistern, daß die Maurer aus dem Verbands ausstreten! — In Rathenow planen die Meister wegen der Forderungen der Maurer eine Aussperrung. In Bremerhaven verlangen sie von den Polizisten Austritt aus dem Verband! In Sonderburg sperren sie die Maurer aus und stellen fremde Arbeiter ein. In Dresden streiken bei Großer noch 33 Mann wegen schlechter Behandlung. — Die Steinseher in Döberitz streiken, weil man ihre Forderung: 40 Pfennig Stundenlohn, ablehnte und man sog. „Winterlöhne“ (gestrichelt von 5—10 Pfennig pro Stunde) einführen möchte. — Die Magdeburger in Bergedorf streiken nach dem „S.“ wegen einer rigorosen Strafandrohung etc.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 19. Februar 1904.

Drei Proben.

An drei Beispielen ließ sich in der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung die reaktionäre Gesinnung der Magdeburger Stadtverordneten illustrieren. Sozialpolitisches Ignorantentum, Schamachererei und Arbeiterfeindschaft stellten sich in den Personen Maßbach, Schneider und Brüggemann dem Publikum vor. Weil das Reichsversicherungsamt in richtiger Würdigung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine Klasse von bedürftigen Frauen für rentenberechtigt erklärt hatte, traten Magdeburger Stadtväter auf den Plan, gegen „diese“ Rechts-

sprechung energisch zu Felde zu ziehen. Dieselben Leute, die, wenn Sozialdemokraten richterliche Urteile kritisieren, diesen „Verdächtigung des Richterstandes“ und andre schöne Dinge nachreden! „Schweren Herzens“ stimmt der nationalliberale Rechtsanwält Gutschke zu, der Vorstand des Herrn Brüggemann reicht nach eigenem Geständnis nicht aus, „diese“ Rechtsprechung, die zufällig den Bedürftigen günstig ist, zu lapidieren, und Stadtvordneter Niemann 2 hat keinen parlamentarischen Ausbruch „zur Hand“, um „diese“ Rechtsprechung zu kennzeichnen! Das ist das öffentliche Zugeständnis des sozialpolitischen Vankrotts!

Dann die zweite Probe: Maßbach als Verdrängungskünstler. Aus dem Geschäft der Steinseher, städtische Arbeiten nur tarif-treuen Firmen zu geben, macht dieser Schöller Eugen Nichters einen Zwangsantrag zur Gewinnung von Verbandsmitgliedern! Und der Vertreter der Hauspächter, Schneider, stimmt dieser Unterstellung nach! Der Mann, der im Juni die Magdeburger Arbeiterschaft mit dem Mittel „Gesindel und Maden“ belegte, läßt gestern alte Nichtersche Märchen aus den 70er Jahren wieder auf, um das Kollegium gegen die Arbeiter gruselig zu machen! Er ruft seinen Helfershelfer Sabentzien, wenn auch nicht mit Namen, aber deutlich genug, als Kronzeugen auf, um die organisierten Arbeiter als Söldenriebe zu entlarven. Um Tarifverträge nicht aufkommen zu lassen, entdeckt man plötzlich sein archaisches Herz und tritt für Wegfall jeglichen Zwangs, für die Freiheit des Arbeitsvertrags, oder, wie Rudolf Arendt, für den Grundsatz des alten Frick ein, der jeden nach seiner Fassung fertig werden lassen wollte.

„Die persönliche Freiheit des Individuums darf nicht angefaßt werden!“ So markiert der Durchfallskandidat den großen Kuffen der 70er Jahre. Es war zum Schreien! Herr Arendt hätte sich ebenfogut auf den Passus des Motuproprio des Papstes Pius 10. berufen können, der da lautet:

„Unantastbares Recht der Natur ist das Privateigentum, als Frucht der Arbeit und des Fleißes, oder Uebertragung und Geschenk von anderen, und jeglicher kann vernünftigerweise hierüber verfügen nach seinem Belieben.“

Selbst dem Magistrat wird die Sache nachgerade zu dumm, und seine Erklärung hat vielleicht mit dazu beigetragen, daß die Herren ihre nahezu kindliche Beginnen einsehen lernen.

Nummer drei: Der Haupttrumpf der Krämer im „Wirtschaftlichen Schußverband“ gegen die Konsumvereine. Nach dem standalösen Muster Dresdens soll den Beamten die Zugehörigkeit zu Konsumvereinen verboten werden. Die Beamten sollen dafür, daß sie bezahlt werden, nicht nur ihre Arbeitskraft hergeben, sondern auch dem Mittelstand auf die Weine helfen. Sie bekommen doch ihr Geld nicht, um gute Ware für billiges Geld zu kaufen, sondern um die finsternen Läden der antikemittischen Krämer zu besüßeln. Unerhört, daß die Polizei das den Beamten noch nicht beigebracht hat! — Man konnte Mitleid haben mit Herrn Schneider, der als einziger den Mut hatte, dem Wirtschaftlichen Schußverband beizuspringen. Auch hier war es wieder der Magistrat, der den Leuten, die gern im Krillben fischen möchten, Klar machen mußte, daß wir uns im 20. und nicht wie Herr Brüggemann und Senoffen im 18. Jahrhundert befinden. Wahrlich: So leicht war es unseren Genossen noch selten, gegen Finstertinge und Ignoranten anzulämpfen wie gestern! Der intelligente Teil der Stadtverordneten schloß das auch und schämte sich innerlich, daß es nicht das so ist, sondern — immer wieder die Sozialdemokratie sind die den Fortschritt und die Kultur gegen die klischeuen Gespenster der modernen Zeit verteidigen.

Die drei Proben sind der Spiegel, in dem sich die Zurückgebliebenheit unsrer Gegner, ihre Angst vor dem Fortschritt klar widerspiegelt. Wir werden ihn den Herren Maßbach, Arendt, Brüggemann, Schneider und Genossen noch recht häufig vorhalten müssen, ehe sie sich selbst vor ihrer reaktionären Verböhrtheit schämen.

Arbeiteropfer. Durch einen unglücklichen Zufall, unter dem er zu liegen kam, erlitt heute vormittags in der Zuckerraffinerie von G. G. Sella der Arbeiter Peter A. A. A. einen schweren Unfall. Mit einem starken Unterarmbruch und dem stark gequetschten rechten Bein wurde der Verunglückte unter den herabgestürzten Säcken herabgezogen und sofort nach dem Eubenburger Krankenhaus gebracht.

Dirks Carrawant hat für seine Aufführung-Vorstellung am Sonnabend den 20. d. M., abends 8 Uhr, ein Programm mit den besten Kräften Europas zusammengestellt. Sonntag den 21. d. M. findet nachmittags 4 Uhr die erste Fremden-Parade-Vorstellung und abends 8 Uhr eine extra große Parade-Vorstellung statt. Der Billet-Verkauf ist bereits eröffnet.

Gerichts-Beitrag.

Sandgericht Magdeburg.

Sitzung vom 18. Februar 1904.

Widerstand. Der Maler Wilhelm Bad von hier, geboren 1874, wurde vom Schöffengericht in Staßfurt im Januar d. J. wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mit 6 Tagen Gefängnis bestraft. Die Berufungsverhandlung wurde vertagt.

Berufung verworfen. Der Arbeiter August Hartung zu Frohe, geboren 1847, war wegen Diebstahls angeklagt, vom Schöffengericht in Schönebeck jedoch am 7. Januar d. J. freigesprochen. Die Berufung der Staatsanwaltschaft wurde verworfen.

Zur Warnung für Piffige. Der Schuhmacher Hermann Reune hier, geboren 1866, wurde in der Nacht zum 19. Oktober 1903 auf der Straße vor der „Flora“ von einem Handwerksknecht geschlagen, der dann wegging. Als ihn Reune verfolgte, wurde dieser von einem Schuhmann angehalten und, weil er seine Personalien nicht angeben wollte, verhaftet. Reune leistete heftigen Widerstand und blü den Polizeier Marquardt, der dem Beamten Weiland leistete, in den Finger. Der Beamte war vier Wochen lang arbeitsunfähig. Das Schöffengericht beurteilte den Angeklagten am 10. Dezember wegen Widerstands und Körperverletzung zu 100 Mark Geldstrafe event. 20 Tagen Gefängnis, ferner zu einer an Marquardt zu zahlenden Geldbuße von 160 Mark. Die Berufungskammer erhöhte die Geldbuße auf 260 Mark.

Diebstahl im Rückfall. Die viermal mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafte ledige Karoline Kröger aus Wüstrow, geboren 1868, stahl im Jahre 1903 einer Bäckerin hier 2 Mark und erschwand sich das Dienstrecht einer Arbeiterin, um angeblich die Verhaltensregeln abzuschreiben, beschwand dann aber damit. Da in beiden Fällen wiederholter Rückfall vorliegt, erkannte die Kammer auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, 160 Mark Geldstrafe, event. weitere 10 Tage Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust.

Sitzung vom 19. Februar 1904.

Ein hunniger Diebhaber. Der schon öfter bestrafte Arbeiter Wilhelm Rudolf hier, geboren 1881, hatte ein Verhältnis mit der ledigen Elisabeth Weinhorn und besuchte mit ihr am 9. Januar d. J. abends ein Bierlokal. Nachts 1 1/2 Uhr begleitete er sie nach Hause, verlangte schließlich aber, sie solle noch weiter mit ihm gehen. Als sie dies ablehnte, stieß er sie, nach sie mit seinem Messer in die linke Hand und bedrohte sie. Der Angeklagte erhielt deswegen 1 Jahr 6 Monate Gefängnis.

Letzte Nachrichten.

Ob. Berlin, 19. Februar. Vierzehn sozialdemokratische Protestversammlungen waren zu gestern abend nach den verschiedenen Stadtteilen einberufen mit der Tagesordnung „Russische Polizei in Deutschland“. Die Versammlungen waren überfüllt. Es wurde überall eine scharfe Protestresolution angenommen.

Dresden, 18. Februar. Der Fabrikarbeiter Biernert versuchte, im Einvernehmen mit seiner Frau, diese sowie sechs Kinder und sich selbst durch Kohlenofen zu töten. Frau und Kinder waren nicht mehr zu retten, Biernert selbst jedoch blieb am Leben und wurde nach dem Gefängnis transportiert.

Ob. Belgrad, 19. Februar. Gestern fand der erste bedeutendere Zusammenstoß im neuen Jahre zwischen türkischen Soldaten und einer großen revolutionären Bande statt. Sie war 1200 Mann stark und griff das Dorf Wukihofa in der Nähe von Moasfir an. Acht Kommandos wurden getötet, ungefähr zwanzig verwundet.

Schuhwaren - Räumungs - Verkauf!

Ausverkauft werden die Rest-Bestände aus unsrer Filiale | Günstige Kaufgelegenheit: ein Teil dieser Waren ist mit ca. 50 Prozent herabgesetzt

ca. 400 Paar ^{36/37} Mädchen-Einseggungstiefel, früher bis 11.00, jetzt 6.50

Preise einzelner Artikel

Herren-Strapazierstiefel	früher 8.50	jetzt 3.75	Damen-Knopf- und Schnürstiefel	rot	früher 8.50	jetzt 5.90
Herren-Strapazierstiefel	früher 7.50	jetzt 4.75	Damen-Lackspangen, Prima	alles Leder	früher 6.80	jetzt 4.50
Herren-Calbin-Bergsteiger	früher 10.50	jetzt 6.95	Damen-Lacktuch-Ballschuhe		früher 2.75	jetzt 1.95
Herren-Calbin-Bergsteiger	farbig, rot und braun	früher 12.00	Weisse Damen-Spangenschuhe		früher 3.75	jetzt 2.75
Herren-Halbschuhe	farbig, rot und braun	früher 7.50	Rote Damen-Spangenschuhe		früher 4.50	jetzt 2.75
Herren-Rossleder-Halbschuhe	40/41	früher 6.50	Mädchen- und Kinder-Knopf- und Schnürstiefel			
Herren-Kalbleder-Besatzstiefel		früher 15.00	21/24 2.25 25/26 2.75 27/30 3.25 31/35 3.75			
Herren-Kalbleder-Bergsteiger		früher 13.50	Mädchen-Ross- und Knopfschuhe	27/30 2.25 31/35 2.75		
Damen-Dongola-Schnürstiefel		früher 5.50	Farbige Mädchenschuhe und -Stiefel enorm billig.			
Damen-Wildrossl.-Knopf- u. Schnürstiefel		früher 8.50	Damen-Plüsch-Pantoffel	Bederstoffe	früher 1.25	jetzt 0.75
Damen-Chevreau-Knopf- u. Schnürstiefel		früher 13.50	Damen-Cordpantoffel			jetzt 0.30
Damen-Rossl.-Knopf- und Schnürschuhe		früher 5.00	Kinderschuhe			von 0.50 an
Damen-Rossl.-Spangen	36/37	früher 4.50	Kinderstiefel			von 0.65 an
Damen-Hausschuhe	farbig	früher 3.50				

Wir bitten, genau unsere Fenster zu besichtigen
Gebrüder Schachmann

Preise verstehen sich solange Vorrat
nur 69-70 Breiteweg 69-70
Ecke Scharrnstrasse.

